

Mitteilungen

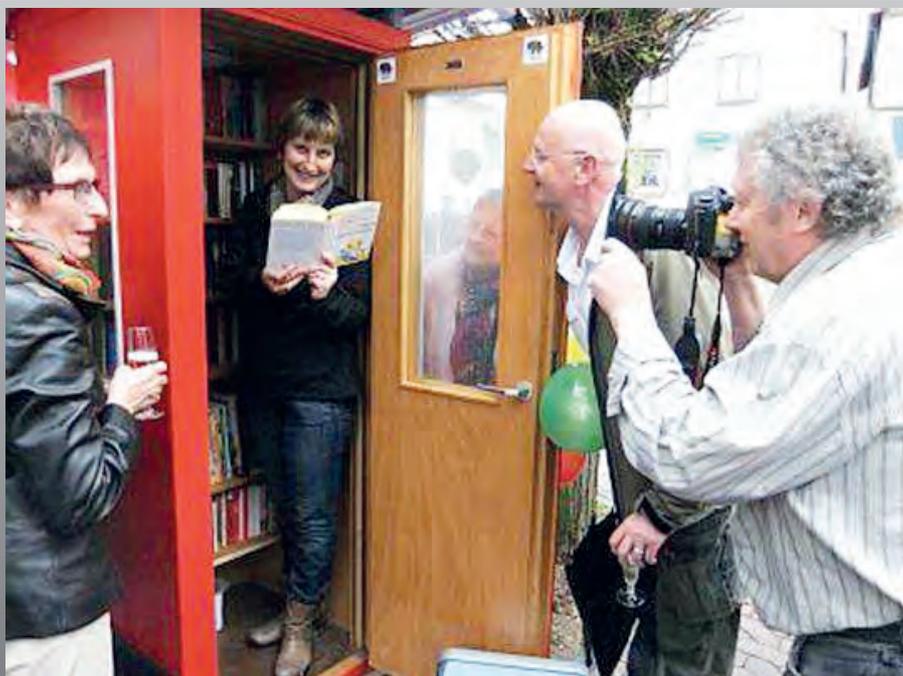
Hessische Akademie der Forschung und Planung im ländlichen Raum

Heft 48 / Oktober 2014 - ISSN 1610-6415

www.hessische-akademie.de



Schwerpunktthema: Kommunen und Vereine



Acht Ueberauer Frauen nahmen das Projekt Offener Bücherschrank in Angriff



Klausurtagung 2014 in Rauischholzhausen

Kommunen und Vereine - eine Beziehung im Wandel

- Roswitha Rüschen**
Wie kommunale Engagementpolitik Vereinsentwicklungen (be-)fördern kann
Stephan Würz Erfahrungsberichte aus Hessen: Das Modellprojekt der Landesehrenamtsagentur „Ehrenamt sicher in die Zukunft“ 9
- Barbara Lilje**
Eltville am Rhein: Die „Stadt der Vereine“ als Ziel 13
- Silke Arbeiter-Löffert, Beate Herdejost, Edgar Arnold**
Modellkommune Grünberg - Vereinen Impulse zu geben, das war unser Ziel... 16
- Rainer Lang**
Ronshausen - Ein Dorf will seine Zukunft meistern 18
- Reiner Kopp**
LEADER-Programm in Hessen geht in eine neue Runde 22
- Hiltrud Schwarze**
Der regionale Entscheid des hessischen Dorfwettbewerbs 2014 24
- Ulf Hahne**
Der Wert eines Dorfes ein Beitrag zur Diskussion um die Absiedlung ländlicher Räume 27
- Peter H. Niederelz**
Lärm kann krank machen - Neue Erkenntnisse zur Lärmvermeidung 29
- Hartmut Bock**
Klausurtagung der HAL im Schloss Rauischholzhausen - neue Aufgaben und Ziele 31
- Heinrich Klose**
Im Weserbergland den Flusstalraum der Oberweser frei vom Sichtbezug auf Windkraftanlagen stellen 32

Kommunen und Vereine – eine Beziehung im Wandel (Teil I)

Wie kommunale Engagementpolitik Vereinsentwicklungen (be-)fördern kann ¹

Roswitha Rüschenndorf

Denken wir an Dörfer und Kleinstädte, so denken wir auch an Vereine und ihr vielfältiges Tun. Vereine gehören in unserer Wahrnehmung heute noch so selbstverständlich zum dörflichen Leben, wie früher der Lehrer und der Pfarrer. Auch Großstadtquartiere sind ohne das von Vereinen bereitgestellte Freizeit- und Kulturangebot kaum vorstellbar: Vereine prägen wesentlich das Gemeinwesen, bereichern die örtliche Infrastruktur und tragen somit zur gemeindlichen Entwicklung nicht nur ihres Ortsteiles sondern auch der Gesamtgemeinde bei. Modern gesprochen gelten sie als weiche Standortfaktoren, die es zu pflegen gilt. Und: Vereine bilden bundesweit mit einer Anzahl von



Borken-Dillich

580.294 (97 %) die meist gewählte Form zivilgesellschaftlicher, selbstorganisierter Zusammenschlüsse,² deren Gesamtheit bei 616.154 liegt.³ Etwa die Hälfte des bürgerschaftlichen Engagements ist in Vereinen organisiert. Und: Ihr jährlicher Zuwachs liegt bundesweit bei knapp 15.000, wobei sich die Anzahl der Vereine seit 1990 verdoppelt hat.⁴ Auch in Hessen bleibt mit 46 % die Organisationsform des Vereins stabil.⁵

Und dennoch: Jenseits der beruhigenden Statistik erreichen seit einigen Jahren alarmierende Hinweise nicht nur die Forscher sondern vielerorts auch Bürgermeister und



Hofgeismar-Hümme

Verwaltungen: Es ist die Erfahrung der Vereinsüberalterung, die Beobachtung schwindender Mitgliederzahlen und die fehlende Bereitschaft von Mitgliedern, Vorstandsaufgaben ehrenamtlich zu übernehmen. Diese Entwicklungen betreffen nicht nur Traditionsvereine wie den Männergesangverein und Heimatverein. Die Freiwilligenagenturen berichten von zunehmenden Unterstützungsanfragen unterschiedlicher Vereinsvorstände. „Der deutsche Verein steckt in der Krise“, so kommentiert Albert Funk in *Der Tagesspiegel* vom 05.04.2013 die Situation.

Statistische Vereinszunahme auf der einen Seite und sich in Auflösung befindende Vereine auf der anderen Seite – ein Widerspruch? Wenn ja, wie ist dieser zu erklären?

Ein Einblick in aktuelle Forschungs- und Modellprojekte

Die Initiative der Robert Bosch Stiftung und ihre Wirkungen

Einen wichtigen Beitrag für die nunmehr bundesweit öffentlichen Diskussionen liefert bis heute die Robert Bosch Stiftung (RBSG). 2010 wurde das Thema der Vereinsproblematik von ihr identifiziert. Bereits im Februar 2011 startete bundesweit ein dreijähriges Förderprogramm „Engagement braucht Leadership – Initiativen zur Besetzung und Qualifizierung ehrenamtlicher Vereinsvorstände“. An drei ausgewählten Modellstandorten (Halle/Saale, Mühlheim a.d.R. und Bremen) sollten Wege erprobt werden, wie engagement- und vereinsfördernde Infrastrukturen gestärkt werden können. Der Programmentscheidung ging eine Kurzstudie „Vereine ohne Vorstand?“ voraus.⁶ Dieses geschah auch vor dem Hintergrund, dass die Vereinsentwicklung ein erstaunlich wenig bearbeitetes Forschungsthema in der Bundesrepublik Deutschland war. (Ganz im Gegensatz zu der Aufarbeitung ausgewählter Vereinsparten oder lokaler Vereinschroniken) Der Auftrag sollte Antworten auf die Frage geben, „wie ernst zu nehmen die allgegenwärtige Klage der Vereine tatsächlich ist“⁷ oder, so die Studienverfasser, „ob das Ehrenamt als Leitungsaufgabe heute bei Vereinen als lokale Rahmung des Engagements noch gesichert ist“.⁸ Dahinter stand durchaus auch die These, dass „unbesetzte Vorstandsposten ... auch Ergebnis überlebter Ziele und Arbeitsweisen entbehrlich gewordener Organisationen sein (können)“.⁹ Modellträger wurden die lokalen Freiwilligenagenturen in den o. g. drei Städten. Ihnen wurden in einem zweistufigen Verfahren insgesamt 105.000 Euro für die dreijährige Laufzeit zur Verfügung gestellt. Die Programmkoordination und Evaluation lag beim Landesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement Bayern (LBE) in Trägerschaft des Instituts für soziale und kulturelle Arbeit (ISKA) in Nürnberg. Nach Abschluss des Vorhabens entschied sich die RBSG Ende 2013 für eine Folgeausschreibung. Unter gleichbleibendem Titel und bei ähnlicher Ausrichtung wurde nunmehr eine Zusammenarbeit mit zivilgesellschaftlichen Netzwerken auf Landesebene in drei Bundesländern (zusätzlich zur kommunalen Ebene) gesucht. Die RBSG erhofft sich dadurch den Ansatz der Vereinsunterstützung in die Breite

zu tragen und nachhaltig in die Landesengagementpolitik zu verankern. Ausgewählt wurden die Länder Baden-Württemberg, Nordrhein-Westfalen und Hessen. Weitere Informationen über die hessische Strategie und Trägerschaft finden Sie unten in dem Beitrag von Stephan Würz.

Spätestens mit dem Projektstart der RBSG 2011 wurde das Thema „Vorstandsarbeit erfolgreich gestalten“¹⁰ bundesweit auf Veranstaltungen und Workshops diskutiert. In Wiesbaden fand beispielsweise am 13. November 2013 im Rathaus die Veranstaltung „Vereine – Auslaufmodell oder Hoffnungsträger?“ statt. Unter den Eindrücken der Diskussionen und bestärkt durch die ersten Ergebnisse aus den Modellstandorten folgten lokale/regionale Untersuchungen und Befragungen. Wie bei der RBSG stand insbesondere die Situation der Gewinnung ehrenamtlicher Vorstandsmitglieder im Fokus der Betrachtung. Die Schwerpunkte lagen bzw. liegen in der Situationsanalyse der örtlichen Vereine und in der Entwicklung lokalbezogener Handlungsansätze.

Ein Multiplikator der Diskussionen war und ist dabei das seit Juli 2011 im Bundesnetzwerk für Bürgerschaftliches Engagement (BBE) verankerte Projekt „Gewinnung, Qualifizierung und Entwicklung ehrenamtlicher Vereinsvorstände“.¹¹ Dieses wurde parallel zu dem Modellvorhaben bis Juni 2014 von der RBSG gefördert. Das BBE besitzt mit dem Zusammenschluss von über 250 Akteuren aus Bürgergesellschaft, Staat und Wirtschaft, der breit aufgestellten Internetplattform, zehn Arbeitsgruppen und einer (kleinen) hauptamtlich besetzten Geschäftsstelle einen großen Verbreitungsgrad. Die wichtigsten Diskussionsbeiträge und (Zwischen-) Ergebnisse zu dem Vereinsprojekt wurden u. a. über vier thematische Newsletter, einer Arbeitshilfe (s. Anm. 27) und einem Abschlussbericht verbreitet.

Die Ergebnisse der aktuellen Bestandsanalysen, ermittelt über Befragungen und Interviews, bestätigen die Untersuchung von 2010.¹² Der Abschlussbericht des LBE: „Ungefähr zwei Drittel aller Befragten an den Modellstandorten gaben Schwierigkeiten bei der Vorstandsbesetzung an, wobei die Werte zwischen den Standorten stark differieren. Schwierigkeiten treten vor allem bei der Suche

nach dem Vorsitzenden, seinem Stellvertreter und dem Kassenwart auf.“¹³ Bei der Befragung der Kasseler Vereine 2012 gaben „knapp 70 % der Vorstandmitglieder an, bereits mit der Nachbesetzung des Vorstandes Probleme gehabt zu haben und/oder aktuell zu haben.“¹⁴



Wettenberg-Launsbach

Gründe, Ursachen, Folgerungen

Die Gründe und Ursachen¹⁵ für die Besetzungsproblematik und für die zu beobachtende Vereinsentwicklung sind komplex: Zum einen führen sie auf Veränderungen der objektiven Lebenslage der Vereinsmitglieder und Rahmenbedingungen der Vereine zurück. Stichworte hierzu sind: Flexibilisierung der Arbeitswelt, Wirkungen des demografischen Wandels auf Sozial- und Altersstrukturen, zunehmende Mobilitätsanforderungen und ein entsprechender „Zeitmangel“, erweiterte und konkurrierende Freizeitangebote und (gewinnorientierte) Dienstleistungsangebote aber auch wachsende Vereinsanforderungen und zunehmende Aufgabenkomplexität sowie vereins- und versicherungsrechtliche Hürden. Doch nicht nur die Vereinsmitglieder und das Vereinsleben sind von Veränderungen betroffen. Auch die Kommunen als Unterstützer der Vereine unterliegen einem strukturellen Wandel. Allein durch die angespannte Haushaltssituation vieler Kommunen werden selbstverständliche, mehr oder weniger altbewährte Formen der Förderung zunehmend in Frage gestellt.¹⁶

Diese Rahmenbedingungen gehen zum anderen mit Veränderungen der subjektiven Lebenseinstellung und persönlichen Lebensgestaltung einher. Die aktuellen Ergebnisse der Engagementforschung konstatieren in ihren Surveys¹⁷ Einstellungsveränderungen der Bürger zum Engagementsinsatz u. a. hinsichtlich der Motivation und Formen, sich

ehrenamtlich zu betätigen, der konkreten Tätigkeitsbereiche, der Engagementdauer und der Altersstruktur. Dabei bleibt der prozentuale Anteil der Bürger, die sich für das Gemeinwohl einsetzen, seit 2004 bundesweit mit 36 % nahezu gleich.¹⁸ Hessen liegt mit gleicher Engagementquote im Bundesschnitt. (Allerdings hat sich das Engagement in Hessen gegenüber 2004 mit 39 % leicht verschlechtert.¹⁹) In der Forschung wird seit gut 10 Jahren ein (Struktur-) Wandel des Ehrenamtes diagnostiziert oder vom neuen Ehrenamt gesprochen.²⁰ Die zunehmende Verknüpfung zwischen Freizeitgestaltung und persönlicher Sinngebung verbunden mit dem Wunsch einer eher **projektbezogenen gesellschaftlichen** Mitwirkung - statt lebenslanger - trifft gerade die Vereine mit traditionellen, jahrzehntlang bewährten Organisations- und Arbeitsstrukturen.²¹ Wie nicht anders zu erwarten, bestätigen die aktuellen vereinsbezogenen Untersuchungen die Bundes- und Landesergebnisse der Engagementforschung u. a. zur Bereitschaft, verantwortungsvolle Aufgaben zu übernehmen oder neue Mitglieder zu gewinnen.



Bad Sooden-Allendorf- Kleinvach

Aus dem „Blickwinkel der historischen Vereinsforschung“ geht Röpke in einem sehr interessanten Beitrag der Frage nach, „ob tiefgreifende Veränderungen“ notwendig sind, damit der Verein als gewachsene Organisationsform des bürgerschaftlichen Engagements ein „Deutsches Erfolgsmodell der zivilgesellschaftlichen Selbstorganisation“ bleibt.²² Nach ihm sind manche der heutigen Vereinsprobleme in der seit Ende des 18. Jahrhunderts aufblühenden Vereinsentwicklung angelegt. Sie ist das Ergebnis einer langen „engen Beziehung zu staatlichen Vorgaben der Überwachung und Förderung“. Seine „Überlegungen“ münden in 12 Thesen, die er als „Entwicklungspfade“ für den Ausbau

des zivilgesellschaftlichen Engagements und ihrer wichtigsten Träger, den (selbstorganisierten) Vereinen, versteht. Die 12 Schlussfolgerungen basieren auf dem „normativen Anspruch: Wer den Begriff der Zivilgesellschaft und des Bürgerschaftlichen Engagements ernst nehmen will, dem muss es vor allem um demokratische und partizipative Entwicklungsperspektiven gehen, ohne diese Ansprüche zu überdehnen. Zivilgesellschaft ist ohne Verantwortung und Kooperation nicht denkbar.“ Letztendlich geht es darum, gesellschaftliche Verantwortungsrollen neu auszurichten bzw. das Gleichgewicht fortlaufend auszutarieren. Entsprechend blickt Rübke dabei einerseits auf den zivilgesellschaftlichen Anspruch von Vereinen und auf die beabsichtigten und unbeabsichtigten Wirkungen ihres Tuns. Andererseits liegt sein Fokus auf dem „zivilgesellschaftlichen Raum“, in dem gegenwärtig „Vereine agieren und strukturbildend (demokratiefördernd d. V.) wirken.“ Angesiedelt zwischen „Privatheit, staatlichem und wirtschaftlichem Handeln“ garantieren Vereine eine stabile Sphäre von politischer Öffentlichkeit und lokaler Gemeinschaft²³. Sie bilden dabei ihren eigenen „zivilgesellschaftlichen Eigensinn“ aus. Diesen gilt es sowohl zu schützen, als auch „den osmotischen Austausch“ zu (be-)fördern.

Mit anderen Worten: Wer die Zeichen der Vereinskrise ernst nehmen will, der sollte die Selbstorganisation des gesellschaftlichen Lebens, das bürgerschaftliche Engagement, in den Mittelpunkt seiner Überlegungen und Bemühungen stellen. Vor dem Hintergrund der Wirkungsbedeutung des bürgerschaftlichen Engagements²⁴ und damit der Vereine für die zivilgesellschaftliche Entwicklung in Gänze und des lokalen Gemeinwesens im Konkreten bedarf es Anstrengungen, erweiterte oder neuartige Strukturen der Ehrenamtlichkeit zu entwickeln.

Die Erwartungen richten sich zunächst an die Vereine, ihre Mitglieder und insbesondere ihre Vorstände selbst.²⁵ Aber nicht nur diese sind aufgefordert, gewohnte Arbeitsstrukturen und Kommunikationsformen, Verantwortlichkeiten und Ausrichtung zu hinterfragen. Als lokal und regional agierende Gruppen sehen Rübke und andere diese Aufgabe insbesondere auch bei den Kommunen. Sie werden als „Schlüssel-ebene“ definiert. Ein wesentliches Ziel

kommunaler Aktivitäten sollte sein, die Selbstorganisation der Vereine zu stärken. Hierzu bedarf es jedoch in vielen Kommunen einer veränderten Engagementpolitik. Sie setzt auf den Ausbau einer engagementfördernden Infrastruktur, auf Verwaltungshandeln auf Augenhöhe und eine Kultur der Kommunikation und Anerkennung. Eine Ausrichtung, die die Vereine mitnimmt und einbezieht. Wie dieses veränderte Miteinander aussehen kann, demonstrieren beineindruckend nicht nur die drei Modellstandorte der Robert-Bosch-Stiftung sondern auch hessische Beispiele. Dabei gilt: Kein (Lösungs-)Ansatz ist direkt übertragbar. So wie sich jeder Verein spezifisch darstellt, so sucht jede Kommune ihren eigenen Weg. Und: Die Unterstützung von Vereinen ist kein Projekt mit einem definierbaren Ende. Vielmehr ist dieses oftmals ein mehrjähriger Prozess. Er erfordert in der Regel Einstellungsveränderungen der Vorstände und Verwaltungen und Umorientierung im Handeln. Erweiterte Wege der Zusammenarbeit sind die Folge. Dass diese durch die politischen Vertreter, die Fraktionen, nicht nur geduldet sondern getragen werden sollte, ist selbstverständlich. Letztendlich zielen die Veränderungen auf einen **„Paradigmenwechsel von der Dienstleistungskommune zur Bürgerkommune“** und ein „neue(s), alte(s) Gesellschaftsmodell“.²⁶ Entsprechend sind in Folge der Untersuchungen, Workshops und Analysen in den vergangenen zwei Jahren einige Arbeits-hilfen erstellt worden. Diese benennen in erster Linie Ansatzpunkte für Veränderungen in den Vereinen, geben aber darüber hinaus konkrete Empfehlungen für den Ausbau engagementfreundlicher Rahmenbedingungen zur Förderung der Vereinsentwicklung.²⁷

Im Folgenden werden einige Beispiele und Ansätze aus Hessen vorgestellt. Auch die Beispiele zeigen, wie die Vereinsproblematik in einem engen Zusammenhang mit der kommunalen Engagementförderung und den lokalen Selbsthilfeansätzen gestellt wird. Hervorzuheben ist in diesen Beispielen, dass die Kommunen (Städte, Gemeinden, Landkreise) als Träger und häufig auch als Initiator der Diskussionen auszumachen sind. Dabei wird die kommunale Verantwortung für die Vereinsentwicklung betont und der Schulterschluss von Politik und Verwaltung mit den Vereinen gesucht.

Hessische Initiativen und Ansätze zur Unterstützung der ehrenamtlichen Vereins- und Vorstandsarbeit

Viernheim: Engagementförderung, Bürgerorientierung und Bürgerbeteiligung

Eines der überzeugendsten Beispiele ist die kleine südhessische **Stadt Viernheim**. Nach einem Beschluss der Stadtverordnetenversammlung 1996 baute die Stadtverwaltung ihren, noch heute andauernden, intensiven Dialog mit ihren Bürgern aus. Dabei stand zunächst der Wunsch nach einer Verbesserung der Rahmenbedingungen für Ehrenamt, Engagement und Selbsthilfe im Mittelpunkt. Mit der Normierung als CIVITAS-Kommune, dem Beitritt in das „CIVITAS-Netzwerk der bürgerorientierten Kommunen in Deutschland“ 1998 und einer „lokalen Demokratiebilanz“ entwickelte Viernheim eine überzeugende Gesamtstrategie mit dem Leitbild der Bürgerkommune. Dieses beruht auf den drei Bausteinen: Engagementförderung, Bürgerorientierung und Bürgerbeteiligung und weist sieben Handlungsfelder auf. Die „Ermöglichungshaltung“ der Politik und die „Bürgerkarawane“ der Verwaltung stießen bei den Bewohnern auf großes Interesse. Über neuartige Kommunikationswege und zahlreiche Projekte entwickelten sich erweiterte Formen der Zusammenarbeit. Der Erfolg führte Mitte 2010 zu einem erneuten Stadtverordnetenbeschluss. Darin heißt es: „Die Verwaltung wird mit der Erarbeitung eines Konzepts zur Förderung und Sicherung von Bürgerbeteiligung beauftragt. Erarbeitet werden soll ein Konzept, das langfristig die Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern an der Willensbildung und Entscheidungsfindung in der Stadt Viernheim ermöglicht. Dieses Konzept soll Vorschläge für Beteiligungskriterien und für zweckmäßige Kommunikationsformen zwischen den „Vier Akteuren einer Bürgerkommune“ Bürgerinnen und Bürger, Verwaltung, Politik und Wirtschaft enthalten.“ Unter großer Mitwirkung aller Akteursgruppen wurde das Konzept erarbeitet und im Februar 2012 einstimmig in der Stadtverordnetenversammlung verabschiedet. Die Vereine sind auch in Viernheim eine wichtige Form der lokalen Selbstorganisation. Daher hat die Stadt eine Reihe von Angeboten mit dem Ziel eines zukunftsorientierten Vereinsmanagement institutionalisiert. Besonderen Erfolg verzeichnete ein seit elf Jahren jährlich

aufgelegtes Seminarprogramm „Weiterbildung im Ehrenamt“ mit 29 Basis- und spezifischen Angeboten. Hierbei sind drei benachbarte Städte eingebunden. Die Verwaltung bietet dabei u. a. Moderationsunterstützung und Supervision bei vereinsinternen Zukunftswerkshops sowie Konfliktmanagement an. Große Resonanz besitzt auch der „Viernheimer Vereinsfrühschoppen“, zu dem der Bürgermeister zwei bis drei Mal im Jahr in einem Vereinshaus einlädt. Dieser steht jeweils unter einem Schwerpunktthema und wird extern moderiert. So folgten der Einladung des Bürgermeisters zum Thema "Marketing, Werbung, Öffentlichkeitsarbeit - Entwicklung von Handlungsstrategien" im März 2013 mehr als 60 Vereinsvorstände. Die getroffenen Vereinbarungen werden im weiteren Jahresverlauf „abgearbeitet“. Traditionell durchgeführt werden jährlich die Freiwilligentage, der Selbsthilfetag und eine Anerkennungsveranstaltung. (Umfassende Informationen: www.Viernheim.de).

Jossgrund: Vereine und demografischer Wandel

Die Gemeinde **Jossgrund** im Main-Kinzig-Kreis stellt das Thema der Vereinsentwicklung in engen Zusammenhang mit der Erarbeitung von Strategien und Handlungsansätzen zur Gestaltung des demografischen Wandels. Hintergrund: Bis 2030 wird ein Bevölkerungsrückgang von 15 % in den vier Ortsteilen mit derzeit ca. 2.500 Einwohnern prognostiziert. Dabei kam der Vereinssituation eine besondere Aufmerksamkeit zu. Der Bürgermeister: „Das gesellschaftliche Leben in Jossgrund ruht fast vollständig auf den Schultern der Vereine. Sie sind die Hauptstütze der Jugend- und Seniorenarbeit. Zwar ist das Vereinsleben im Großen und Ganzen intakt, jedoch sind erste Schwierigkeiten bei der neuen Besetzung von Vereinsführungen zu beobachten. Von daher ist es auch in Zukunft wichtig, ehrenamtliche Vorstände zu halten und neue zu gewinnen“.²⁸ Die Entwicklungen nahmen Anfang 2011 Bewohner zum Anlass, eine Arbeitsgemeinschaft (AG) zu initiieren. Die AG „Ideenschmiede Jossgrund“ organisierte in enger Zusammenarbeit mit der Gemeinde und gefördert aus dem Leader-Programm eine Vereinsbefragung unter dem Thema „Vereine fit für die Zukunft“. An ihr beteiligten sich 47 von 68 Vereinen/Gruppen. In mehreren Vereinswerkstätten wurden ab November 2012 die Ergebnisse diskutiert und Handlungs-

ansätze entwickelt. Schwerpunkte bilden dabei der Ausbau von Kooperationen und spezifische „Problembewältigungen“ von Vereinen. Wiederkehrende Vereinskongresse sichern auch zukünftig die Verankerung des Themas in der Gemeindepolitik. 2013 beteiligte sich Jossgrund am hessischen Programm der Gewinnung und Qualifizierung von Ehrenamts-Lotsen. Geprüft wird derzeit der Aufbau einer kommunalen Ehrenamtsagentur und einer gemeinnützigen Bürgerstiftung. Abschließend sei erwähnt, dass u. a. die Aktivitäten der „AG Ideenschmiede“ und der Gemeinde Ende 2013 zu der Anerkennung Jossgrunds als kommunaler Dorferneuerungsschwerpunkt geführt haben. Umfassende Informationen: <http://www.jossgrund.de/ideenschmiede>

Waldeck-Frankenberg: Vereine als Stützen im ländlichen Raum

Eine Initiative startete im April 2014 der Fachdienst Dorf- und Regionalentwicklung des Kreisausschusses **Waldeck-Frankenberg**. Der Einladung zu dem Fachtag „Ehrenamt und Vereine – Stützen des ländlichen Raums“ in Diemelsee-Adorf am 04. April 2014 folgten ca. 100 Personen, darunter ca. 85 Vereinsvertreter. Nach einführenden Beiträgen u. a. von Vereinen fand ein Erfahrungs- und Informationsaustausch zu spezifischen Themen in fünf Workshops statt. In diesen standen Experten für die Diskussion und Fragen zur Verfügung. In wie weit der Impuls des Landkreises zu weiterführenden, selbstorganisierten Gesprächskreisen führen wird, ist offen. Ein Ergebnis war, dass der Kontakt zwischen dem Landkreis und den Vereinen zum Freiwilligenzentrum Kassel intensiviert wurde und ausgebaut werden soll. Ablauf und Ergebnisse des Fachtages sind als E-Mail versandt und unter YouTube eingestellt. (Ansprechpartner ist Dr. Jürgen Römer vom Kreisausschuss Waldeck-Frankenberg.)

Kassel: „Werkstatt für gute Lösungen“

Auch das **Zukunftsbüro der Stadt Kassel**, eine Abteilung im Hauptamt, hat Ende 2012 in Kooperation mit dem **FreiwilligenZentrum Kassel** eine an die Robert Bosch Stiftung angelehnte Online-Befragung unter den rund 2000 eingetragenen Kasseler Vereinen mit dem Titel „Verein mit Zukunft! Wandel gestalten?!“ durchgeführt.²⁹ Hieran haben sich 251 Personen, zumeist Vorstände, beteiligt. Die Ergebnisse wurden am 7. März 2013 im Rahmen einer „Denkwerkstatt“ im Rathaus

vorgelegt und in fünf thematisch ausgerichteten, moderierten Arbeitsgruppen diskutiert. Dabei wurden die wichtigsten aktuellen Herausforderungen, mögliche Lösungsideen und wünschenswerter Unterstützungsbedarf herausgearbeitet. Ein Ergebnis der gut besuchten Denkwerkstatt war der Wunsch der Teilnehmer nach einem sparten- und vereinsübergreifenden Austausch. Unter der Überschrift „Werkstatt für gute Lösungen“ laden die beiden Initiatoren seitdem ca. drei Mal im Jahr zu einem offenen Austausch ein, bei dem sich Vereine mit ihrem Engagement, ihrer Struktur und der gelebten Vereinskultur vorstellen. Die Treffen finden jeweils in einem Verein statt. Die Ziele liegen im gegenseitigen Kennenlernen, dem Erfahrungsaustausch und der Vorstellung ausgewählter Themen wie z. B. Anerkennungskultur, neue Medien im Verein oder hilfreiche Informationsportale im Internet - ganz nach dem Prinzip von Vereinen für Vereine. (Ansprechpartner: Peggy Niering vom Zukunftsbüro Kassel und Frank Gerold vom FreiwilligenZentrum Kassel.)

Auch der **Hessische Städte- und Gemeindebund e. V.** positioniert sich nachhaltig als (immaterieller) Förderer des Ehrenamtes. So werden u. a. seit 2001 monatlich in der Verbandszeitung Beispiele für Bewohnerengagement im Kontext kommunaler, engagementfördernder Infrastrukturangebote vorgestellt. Eingebunden in das Projekt der Hessischen Landesehrenamtsagentur (siehe unten) kommuniziert der Verband darüber hinaus die Ergebnisse der hessischen Modellkommunen öffentlich. (Ansprechpartner: Bernd Klotz)

Größeren Raum erhält in dem folgenden Teil II das Modellvorhaben der **Hessischen Landesehrenamtsagentur** „Ehrenamt sicher in die Zukunft – Ehrenamtliche Vereinsvorstände und Führungskräfte im ländlichen Raum gewinnen und halten“. Das von Winter 2012 bis September 2014 laufende Projekt wird in Kooperation mit der **Landesstiftung Miteinander in Hessen** umgesetzt. Die gemeinsame Ausschreibung im Oktober 2012 richtete sich explizit an kleinere und ländlich geprägte hessische Kommunen. Die Einwohnerzahl wurde auf maximal 20.000 begrenzt. Der Wettbewerbsträger und drei der acht ausgelobten Teilnehmer skizzieren nachfolgend ihr Vorgehen und ausgewählte Zwischenergebnisse.



Roswitha Rüschenhof, Kassel, befasst sich als Mitglied im Beirat der Robert Bosch Stiftung, der AG „Perspektiven der lokalen Bürgergesellschaft“ im Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement, des

FreiwilligenZentrums Kassel und als externe Begleiterin des Modellprojektes der Hessischen Landesehrenamtsagentur seit Jahren mit neuen Wegen der Vereinsunterstützung. Sie ist ordentliches Mitglied der Akademie.

Fotos: Quelle RP Kassel

¹ Redaktionsschluss ist der 30.06.2014. Zur besseren Lesbarkeit des Textes werden Personen, Berufe etc. nur in männlicher Form benannt.

² Weitere Organisationen des 3. Sektors sind u. a. die Genossenschaft, Stiftung, gGmbH.

³ Bertelsmann Stiftung u. a. (Hg.): Ziviz – Survey 2012. Instrumente und erste Ergebnisse, Berlin 2013, S. 13.

⁴ Thomas Röbbke: Vereine im Wandel, in: Friedrich-Ebert-Stiftung: Management und Politik (MuP) (Hg.): Ehrenamtliche Vorstände gesucht!, Bonn Nov. 2013, S. 4.

⁵ Hochschule Darmstadt, Gisela Jakob/Christine Englert (Hg.): Ehrenamt, freiwilliges und bürgerschaftliches Engagement in Hessen, Ergebnisse der Freiwilligensurveys 1999-2004-2009, München, Darmstadt, Sept. 2010, S.10 u. 56. Beispiele für neue dörfliche Vereinsgründungen in Hessen sind in Cölbe-Schönstadt und Bad Arolsen-Landau zu finden. Siehe HAL-Mitteilungen Nr. 44, S. 13-15 und Nr. 45, S. 11f.

⁶ Andre' Wolf/Annette Zimmer. Zentrum für Nonprofit-Management gGmbH (npm): Vereine ohne Vorstand? Ergebnisse einer Studie im Auftrag der RBSG, Münster, Stuttgart Jan. 2010 (Typoskript) unveröffentlicht.

⁷ Viola Seeger: Engagement braucht Leadership – ein Modellprogramm vor dem Schritt in die Praxis, in: BBE-Newsletter 01/2012, S. 2, (<http://www.b-b-e.de/archiv-des-newsletters/newsletter-archiv-2012/1-quartal-2012/newsletter-nr-1-vom-1212012/>).

⁸ Siehe Anm. 6, S. 7.

⁹ S. Anm. 7, S. 3.

¹⁰ Der Paritätische. Paritätische Akademie NRW, Fachtagung am 13.06.2013 in Wuppertal.

¹¹ Siehe: <http://www.b-b-e.de/projekte/gewinnung-qualifizierung-und-entwicklung-ehrenamtlicher-vereinsvorstaende/>.

¹² Siehe Anm. 6.

¹³ Landesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement Bayern (LBE):Engagement braucht Leadership: Abschlussbericht der Evaluierung. Zusammenfassung der zentralen Ergebnisse (Stand Juni 2013), siehe unter http://www.bosch-stiftung.de/content/language1/downloads/Abschlussbericht_EBL_Zusammenfassung.pdf, S. 5.

¹⁴ Unveröffentlichte Print-Auswertung der online-Befragung, S. 6, Anm. 29.

¹⁵ Siehe hierzu auch die Ausführungen von Annette Zimmer: Lokales Vereinswesen und bürgerschaftliches Engagement: Bestandsaufnahme, Herausforderungen, Perspektiven. Bundestagsdrucksache 17/10580 vom 23.08.2012, S. 583 – 586).

¹⁶ Siehe auch Beitrag von Karl-Christian Scheltzke: Kommunalen Schutzschirm und freiwillige Leistungen, in: HAL Mitteilungen Nr. 47, 3 f.

¹⁷ Der Freiwilligensurvey enthält Informationen über das freiwillige und ehrenamtliche Engagement der Bürgerinnen und Bürger ab 14 Jahren einschließlich ihrer Einschätzung der Rahmenbedingungen. Dabei werden zwischen öffentlich Aktiven (einfache Mitgliedschaften) und freiwillig (verantwortlich) Engagierten unterschieden. Bisher liegen Ergebnisse aus 1999, 2004 und 2009 vor. Zurzeit wird der vierte Freiwilligensurvey erstellt (Fertigstellung 2016).

¹⁸ Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hg.): Monitor Engagement Nr. 2. Freiwilliges Engagement in Deutschland: 1999-2004-2009. Kurzbericht des 3. Freiwilligensurveys, Berlin 2010, S. 16, siehe: <http://www.bmfsfj.de/RedaktionBMFSFJ/Broschuerenstelle/Pdf-Anlagen/Monitor-Engagement-Nr-2.property=pdf,bereich=bmfsfj,sprache=de,rwb=true.pdf>.

¹⁹ Siehe Anmerkung 5, S. 8.

²⁰ Beispielsweise Gisela Jakob: Wie kommen freiwillige MitarbeiterInnen dazu, sich zu engagieren? Zur Bedeutung ehrenamtlichen Engagements in der Lebensgeschichte (Vortrag im Rahmen einer von der Bremer Senatorin für Frauen, Gesundheit, Jugend, Soziales und Umwelt organisierten Veranstaltungsreihe). Bremen 1999 (eine Veröffentlichung der Freiwilligenagentur Bremen). S. 16.

²¹ Bereits Ende der 80- er Jahre/Anfang der 90- Jahre wurde den ehrenamtlich geführten Vereinen ein verstaubtes Image nachgesagt. Dabei blieb zuweilen unklar, ob der Spott mehr auf die Inhalte oder auf die Organisationsform zielte.

²² Sofern nicht anderweitig ausgewiesen sind nachfolgende Zitate entnommen aus: Thomas Röbbke: Der Verein als Form zivilgesellschaftlicher Selbstorganisation-Historische Betrachtungen und aktuelle Schlussfolgerungen, Nürnberg 2011. Veröffentlicht unter <http://www.bosch-stiftung.de/content/language1/html/46320.asp>

²³ Robert Bosch Stiftung (Hg.): Engagement braucht Leadership. Stärkung von Vereinen und ihren Vorständen als Zukunftsaufgabe. Text Thomas Röbbke/Anke Velten (Praxisbeispiele), Stuttgart, April 2014 unter http://www.bosch-stiftung.de/content/language1/downloads/Engagement_braucht_Leadership.pdf, S. 26.

²⁴ Im Freiwilligen Survey 2009, S. 14 (s. Anm. 18) heißt es dazu: „Öffentliche Beteiligung ist eine wichtige Quelle der Entwicklung der Zivilgesellschaft und unserer Gesellschaft überhaupt, aber erst das freiwillige Engagement beschreibt als Handlungsbegriff den innersten Kern der Zivilgesellschaft.“

²⁵ Der Abschlussbericht der RBSG (siehe Anm. 23, S. 17 ff) identifiziert fünf strategische und bewährte Entwicklungsfelder (Cluster) für ein modernes Leadership-Verständnis im Vereinsvorstand.

²⁶ Thomas Röbbke; Bürgerschaftliches Engagement und sozialstaatliche Daseinsvorsorge. Bemerkungen zu einer verwickelten Beziehung (2012). In: Friedrich-Ebert-Stiftung (Hg.): betrifft: Bürgergesellschaft. 38. März 2012, S. 37 f. Veröffentlicht unter <http://www.fes.de/buergergesellschaft/documents/BB-38DaseinsvorsorgeInternet.pdf>.

²⁷ In der AG „Perspektiven der lokalen Bürgergesellschaft“ im BBE (siehe Anm. 11) entstand Ende 2013 eine Arbeitshilfe „Vereine in der Kommune – Chancen und Herausforderungen“. Die Broschüre basiert auf einer zweijährigen AG - Diskussion. Sie richtet sich sowohl an die Kommunen als auch an die Vereine. Als Diskussionsgrundlage zeigt sie für beide Zielgruppen fünf praxisbewährte Ansätze auf, die jeweils unterlegt sind. Weitere Beispiele für Handlungsempfehlungen finden sich in den Veröffentlichungen unter den Anmerkungen 4 und 23.

²⁸ Siehe <http://www.miteinander-in-hessen.de/aktivitaeten/modellprojekt/josgrund/>.

²⁹ Die Ergebnisse siehe unter <http://www.kassel.de/miniwebs/zukunft/index.html>.

Kommunen und Vereine – eine Beziehung im Wandel (Teil II)

Erfahrungsberichte aus Hessen: Das Modellprojekt der Landesehrenamtsagentur „Ehrenamt sicher in die Zukunft“

Stephan Würz



Vertreter der hessischen Standorte im Modellprojekt „Ehrenamt sicher in die Zukunft“

In den letzten Jahren gestaltet sich die Gewinnung und Bindung von Vereinsvorständen zunehmend schwieriger. An dieser Stelle setzt das von 2012 bis 2014 laufende hessische Modellprojekt „Ehrenamt sicher in die Zukunft - Ehrenamtliche Vereinsvorstände und Führungskräfte im ländlichen Raum gewinnen und halten“ an. Gefördert wird es von der Landesstiftung „Miteinander in Hessen“ und der Hessischen Ehrenamtskampagne gemeinsam-aktiv. In acht ausgewählten Modellkommunen werden Aktivitäten entwickelt, die zur Stabilisierung im Bereich der ehrenamtlichen Vereinsvorstände und Führungskräfte beitragen. Dabei geht es sowohl um die vereinsübergreifende,

ortsbezogene Entwicklung und Erprobung geeigneter Maßnahmen, als auch um eine generelle Schaffung positiver Rahmenbedingungen auf lokaler Ebene, die die Übernahme von Vereinsvorstandspositionen erleichtern.

Acht Kommunen als Projektteilnehmer

In Hessen wurden kleinere Kommunen mit ausgeprägtem traditionellen Vereinswesen zum Mitmachen aufgerufen. Die Einwohnergröße durfte 20.000 nicht überschreiten. Obwohl die vierwöchige Ausschreibungsphase sehr kurz war und mit 4.000 Euro auch nur ein relativ geringer Förderbetrag pro Jahr und Kommune zur Verfügung stand, war das Interesse an dem Modellprogramm sehr groß. Über 50 Kommunen haben sich für eine Teilnahme interessiert, 32 Kommunen haben einen Antrag eingereicht. Dies zeigt, wie wichtig das Thema vor Ort ist und dass sich die Kommunen in der Verantwortung sehen, für ihre ortsansässigen Vereine geeignete Maßnahmen zu entwickeln. Zur Teilnahme ausgewählt wurden die Kommunen Eschwege, Großalmerode und Wanfried, die sich im Rahmen einer interkommunalen Zusammenarbeit für den Werra-Meißner-Kreis beworben hatten, sowie Eltville am Rhein, Gudensberg, Grünberg, Ronshausen und Usingen. Kooperierende

Standorte sind die Kommunen Jossgrund und Viernheim, die schon vorab eigene Initiativen in diesem Themenfeld auf den Weg gebracht haben. Je nach Größe der Kommunen bewegt sich die Anzahl der örtlichen Vereine zwischen 20 und 130 Vereinen. Die Vereinsvorstände sind rein ehrenamtlich tätig und es finden sich nur sehr seltene Fälle, in denen angestellte/bezahlte Arbeitskräfte unterstützend in der Vereinsführung tätig sind.

Projektphasen und Projektablauf, Verantwortlichkeiten

Alle acht Modellkommunen versprechen sich von der Teilnahme an dem Programm eine Etablierung geeigneter Maßnahmen, die das Vereinswesen langfristig unterstützen und generell zu einer höheren Bereitschaft bei der Übernahme von Vereinsvorstandsaufgaben und Leitungsfunktionen führen. Das Projekt gliedert sich in drei Phasen. In einer ersten Phase der Bestandserhebung werden die Erkenntnisse über die tatsächliche Situation im Vorstandsbereich vertieft. Haben wir es beispielsweise mit einem „Jammern auf hohem Niveau“ oder mit tatsächlichen strukturellen Herausforderungen zu tun? Nach dieser vertiefenden Einstiegsphase werden in der zweiten Phase geeignete Maßnahmen entwickelt. In einer dritten Phase geht es um die Umsetzung und Verstetigung dieser Maßnahmen.

Zum Start des Projektes wurden zunächst lokale Steuerungsgruppen gebildet, die vor dem Hintergrund der Kommunengröße sowie der jeweiligen lokalen Besonderheiten sehr unterschiedlich strukturiert sind. Den Kommunen als örtliche Projektträger wurde hierbei viel Spielraum gelassen. So arbeiten beispielsweise kommunale Fachkräfte aus dem Jugend-, Kultur- oder Seniorenbereich, Freiwilligenagenturen, Engagement-Lotsen, Bildungsträger oder Anlaufstellen für Bürgerengagement vor Ort eng zusammen. Häufig ist auch das Vereinswesen in Form von Vereinsringen oder ausgewählten Vereinsvertretern direkt involviert. Mit der lokalen Verantwortung und Federführung durch die Kommune ist das Programm überall Chefsache. Die Bürgermeister sind überall sehr eng eingebunden, was sich als äußerst vorteilhaft erweist – es wird von den Vereinen als Zeichen wahrgenommen, dass ein ernsthafter Prozess in Gang kommt, an geeigneten Maßnahmen gearbeitet wird und „nicht nur Sonntagsreden

voll des Lobes über das Ehrenamt gehalten werden.“ Erste Auftaktveranstaltungen, bei denen zwischen 50 und 90% der örtlichen Vereine erreicht wurden, belegen das große Interesse.

Begonnen wurde an allen Standorten mit einer umfassenden Bestandserhebung. Hierbei wurden schriftliche Befragungen aller Vereine sowie Experteninterviews mit ausgewählten Vereinsvertretern und Schlüsselpersonen durchgeführt. Die Entwicklung in den Vereinen vor Ort ist gekennzeichnet durch Problemmeldungen, die sich sowohl auf den internen Vereinsbereich als auch auf äußere Umfeldfaktoren und Rahmenbedingungen beziehen. Dabei wurden u.a. folgende Probleme benannt:

- Eine zunehmend passive Mitgliederschaft, verbunden mit einer sinkenden Bereitschaft zur Übernahme längerfristiger verantwortungsvoller Tätigkeiten im Verein.
- Deutliche Probleme bestehen, wenn es um die Besetzung konkreter Vorstandspositionen (insbesondere Kassierer und erster Vorsitzender) geht.
- Eine fachliche Überlastung der Vorstände: Vielfach sind die Anforderungen sehr hoch (z.B. Steuerrecht, Vereinsrecht, Veranstaltungsmanagement, Sozialversicherungsrecht, Personalwesen). Eine weitere Hemmnis scheint die stetig zunehmende Bürokratisierung („Flut an Vorschriften“) in vielen Bereichen zu sein.
- Zeitliche Belastungen durch Familie (Doppelverdiener) und Beruf (auch Flexibilität der Arbeitszeiten) konkurrieren verstärkt mit der ehrenamtlichen Tätigkeit im Vorstandsbereich.
- Zu lange Verweildauer in Vorstandspositionen, die sogar noch durch Ehrungsrituale (Ehrennadel für 20 Jahre erster Vorsitzender) verstärkt wird.
- Auf dem Land übliche, durch die Vereinsgemeinschaft getragene Veran-

staltungen (vgl. kulturelle Aktivitäten, Dorffeste, Umzüge) lassen sich zunehmend schwerer realisieren, da sich immer weniger Menschen finden, die hier in verantwortlicher Position mitarbeiten wollen.

- Eine kontinuierliche Nachwuchsarbeit gestaltet sich schwierig, da viele junge Menschen aus beruflichen Gründen die Orte verlassen müssen. Investitionen in den Nachwuchs zahlen sich nur selten aus.
- AlleinregentInnen und SelbstdarstellerInnen an der Spitze von Vereinen verschlechtern insgesamt das Image zur Übernahme von verantwortlichen Positionen.
- Mit dem Verlust von Familienbetrieben gehen wichtige Unterstützer für die lokale Vereinsgemeinschaft verloren (als Arbeitgeber oder der/die Kleinunternehmer/in selbst als Vereinsvorstandsmitglied).

Aufbauend auf diese Erkenntnisse fanden vor Ort weitere Zusammenkünfte mit den Vereinen statt, um geeignete Maßnahmen zu entwickeln. In diesen Zukunftskonferenzen, Runden Tischen, Arbeitskreisen oder moderierten Workshops wurden inhaltliche Schwerpunkte sowie weitere Arbeitsabläufe festgelegt.

Je nach den unterschiedlichen Konstellationen vor Ort ergaben sich hier im Modellprojekt unterschiedliche Schwerpunktsetzungen. Neben verschiedenen Aktivitäten in einzelnen Kommunen befinden sich folgende Maßnahmen in fast allen Modellkommunen in der Umsetzungsphase:

- Vereinsfrühschoppen/Vereinskonferenzen

Mit diesem Angebot, wird den Vereinen eine Plattform zu Information und informellem Austausch geboten. Auf Einladung, in der Regel durch den Bürgermeister, findet eine ca. 3-4 stündige Veranstaltung für alle örtlichen Vereine statt. Nach einem Hauptredner zu einem aktuellen Vereinsthema besteht die Möglichkeit zu lockerem Austausch zwischen den Vereinsvertretern. Dieses Format ist niederschwellig und bietet den Vereinen eine gute Gelegenheit zu vereinsübergreifender Vernetzung und Wissenstransfer.

- Öffentlichkeitsarbeit

Trotz der in der Einwohnerzahl überschaubaren Modellkommunen, sind viele Vereine mit ihren Angeboten vor Ort nur teilweise bekannt. Insbesondere eine gemeinsame Darstellung der Vereine am Ort fehlt. Durch den Aufbau einer guten vereinsübergreifenden Internetpräsenz aller Vereine soll das Image der Vereine, insbesondere auch der Vereinsvorstandsarbeit, verbessert und zur Mitarbeit eingeladen werden. Auch Vernetzungen und Kooperationen sollen sich darüber leichter realisieren lassen.

- Ansprechpartner für Vereine in der Verwaltung

Für viele Angelegenheiten in der Vereinsarbeit sind eine gute Ortskenntnis und Expertenwissen notwendig. Vielfach sind auch Kenntnisse über Behördenwege und Verwaltungsabläufe gefragt. Hierbei kann eine örtliche Ansprechperson für die Vereine wesentliche Entlastung schaffen. Viele Dinge können auf dem „kleinen Dienstweg“ geklärt werden und bei fachlichen Fragen kann der Ansprechpartner zu kompetenten Auskunftgebern weiter verweisen. Zudem ist die Vernetzung der Vereine als wichtige Aufgabe durch eine kommunale Ansprechperson sicher zu stellen.

- Qualifizierungsangebote

Klassische Qualifizierungsangebote, aber auch auf einzelne Vereine zugeschnittene Veranstaltungsformate bieten eine gute Möglichkeit zur Beschäftigung mit dem Thema Vorstandsentwicklung oder anderen Themen der Vereinsarbeit. Besonders wichtig ist, dass die Qualifizierungsangebote lokal und vereinsübergreifend stattfinden. Dadurch wird der Austausch der Vereine untereinander gefördert und es können „Allianzen zur gemeinsamen Nachwuchsgewinnung“ gebildet werden.

Insgesamt zeichnet sich ab, dass es keine Patentlösung für die Bewältigung der Vereinsvorstandsproblematik gibt. Stattdessen wird es immer ein Bündel von Maßnahmen sein, welches in seiner Gesamtheit Wirkung entfalten kann. Entscheidend sollte hier, im Gegensatz zu bisherigen Angeboten (z.B. Vereinsmanagementseminare der Verbände, die nur zögerlich wahrgenommen werden) der Bezug zu lokalen Ebene sein. Erste Über-

legungen gehen in ortsnahe und zeitlich begrenzte Fortbildungen (Abendveranstaltungsreihen) sowie Veranstaltungsformate, die einen Erfahrungsaustausch der lokal Aktiven ermöglichen (Vereinsfrühschoppen). Hier können Verbände der gegenseitigen Unterstützung und Ressourcennutzung entstehen, die den Vorständen die Arbeit deutlich erleichtert.

Das Modellprojekt endet mit einer öffentlichen Veranstaltung am 18. November 2014 in der Landessportschule Frankfurt am Main, Otto-Fleck-Schneise 4, 60528 Frankfurt statt. Auch werden alle Ergebnisse dokumentiert werden. Ferner arbeiten alle teilnehmenden Kommunen mit den Vereinen derzeit an einer Strategie, wie die Vereinsentwicklung über das Projektende hinaus von der Kommune unterstützt werden kann.

Hessen als Teilnehmer des Folgeprojektes der Robert Bosch Stiftung

Parallel zu dem oben beschriebenen Modell wurde Hessen als eines von drei Bundesländern ab Mai 2014 im Förderprogramm „Engagement braucht Leadership“ der Robert Bosch Stiftung ausgewählt. Gemeinsam werden die Landesarbeitsgemeinschaft Freiwilligenagenturen und die LandesEhrenamtsagentur ebenfalls Maßnahmen zur Qualifizierung und Gewinnung von Vereinsvorständen entwickeln. Vorgehen sind ca. 12 – 15 örtliche Teams, die sich

aus Vereinsvertretern und anderen Akteuren (Bildungsträger, Kommunen, Ehrenamtsbüros, ...) zusammensetzen und lokal wirksame Maßnahmen zur Gewinnung von Leitungspersonen und Vorständen entwickeln. Aufbauen wird dieses Förderprogramm auf ein Vorläufermodell der Robert Bosch Stiftung (siehe Beitrag Rüschenhof, Teil I) sowie die Erkenntnisse aus dem hessischen Modellprojekt. Ziel des Förderprogramms in den drei Bundesländern ist, dass sich dauerhafte Aktivitäten zu dem Thema Vorstandsgewinnung etablieren und möglichst viele Partner das Thema dauerhaft vernetzt weiter entwickeln.

Auch die großen ehrenamtlich tätigen Verbände haben das Thema im Blick. Geeignete Maßnahmen werden dort diskutiert und erprobt. Vielfach zeigt sich jedoch, dass es neben den verbandsinternen Möglichkeiten auch gute spartenübergreifende Maßnahmen gibt. Die hier beschriebenen hessischen Aktivitäten werden dazu sicher einige Ergebnisse liefern.

Weitere Informationen zum Modellprojekt finden sich auf der Homepage www.gemeinsam-aktiv.de sowie bei der Robert Bosch Stiftung www.bosch-stiftung.de



Stephan Würz

ist seit 2001 Geschäftsführer der LandesEhrenamtsagentur Hessen. Die LandesEhrenamtsagentur ist Teil der hessischen Ehrenamtskampagne Gemeinsam Aktiv und hat ihren Sitz in Frankfurt.

Fotoquelle: LandesEhrenamtsagentur Hessen

Eltville am Rhein: die „Stadt der Vereine“ als Ziel

Barbara Lilje

Ausgangssituation:

Eltville am Rhein weist mit seinen fünf Stadtteilen insgesamt 129 gemeldete Vereine auf, davon 65 in der Eltviller Kernstadt. Da der Rheingau an sich - bei aller Angebundenheit an das Rhein-Main-Gebiet - noch sehr traditionell geprägt ist, gibt es viele Vereine mit einer langen Tradition, die ihre Jubiläen vom 50. bis zum 125. Geburtstag feiern.

Jeder Stadtteil verfügt über einen Vereinsring, der die Interessen der Vereine der Stadtteile gebündelt vertritt. Die Verwaltung pflegt den Austausch und die Kommunikation mit den Vereinen, sei es durch die Sitzungen der Vereinsringe, aber auch durch eigene Veranstaltungen wie die Sport- und Gesundheitsmesse "EltVital" bzw. der gemeinsam mit dem Land Hessen durchgeführte "Hessische Familientag 2011", bei dem sich ca. 100 Eltviller Vereine präsentiert haben. Durch die Vorbereitungstreffen hat die Stadt einen relativ guten Kontakt zu den Vereinsvorständen und weiß, dass viele von ihnen ähnliche Probleme haben: Überalterung der Vorstände, aber auch immer weniger Jugendliche, die sich vereinsmäßig binden wollen oder können.



Tanzen: Bei „EltVital – Eltviller Sport- und Gesundheitstage“ 2012 präsentieren sich die Dance-Kids vom Eltviller Carneval Verein

Viele Vereine haben die Kommune direkt um Unterstützung gebeten. Im Sportbereich ist es noch nicht ganz so signifikant, da der Sport, *Urkunde: Sechs Eltviller Sportvereine haben 2012 gemeinsam den „Eltviller Traubenlauf“*



auf die Beine gestellt, bei der Familien einen kleinen sportlichen Parcours gemeinsam absolvieren durften, und am Ende diese Urkunde erhalten haben.

insbesondere Rudern, Fußball, Tennis etc. sich nur im Verein organisieren läßt, wenn man an Meisterschaften etc. teilnehmen will. Doch auch hier trifft zu, was als "krisenhafte Tendenz" angesehen wird: Den Vorständen fehlt der Nachwuchs, was entweder selbstverschuldet, weil nicht rechtzeitig Jüngere in verantwortungsvolle Positionen eingebunden werden, oder der gesellschaftlichen Entwicklung geschuldet ist. Durch die vielen Freizeitgestaltungsmöglichkeiten legen sich insbesondere Jugendliche - oder deren Eltern - ungern fest, und wollen mit einer Vereinsmitgliedschaft oder gar einer Arbeit im Vorstand keine weiteren Verpflichtungen eingehen. Oder das "Mehrfachengagement" (und davon gibt es viele in Eltville) führt zur Überlastung. Dabei ist klar, dass neue bzw. weitere Vereinszielsetzungen gefunden werden müssen, um Menschen zum Engagement zu gewinnen. Doch wenn die Stadt den Vereinen anbietet, sich mit gemeinsam organisierten Aktivitäten, wie z. B. der Sport- und Gesundheitsmesse, der Öffentlichkeit zu präsentieren und Werbung für die Nachwuchsarbeit zu machen, wird dies auch gern angenommen. Die Stadt leistet praktisch Hilfe zur Selbsthilfe.

I. Projektanbindung und Verknüpfung zu Politik und Verwaltung:

Die Vereine sind die Stütze der Gesellschaft: Von den 129 Vereinen sind die meisten sehr traditionell verankert. Alle Gesellschaftsschichten finden sich dort wieder, alle Generationen engagieren sich in ihren Vereinen. Je attraktiver das Vereinsleben, desto attraktiver ist auch die Stadt – die Stadt der Bürger. Eltville am Rhein ist die „Familienstadt“, so tritt die Stadt auch an, um junge Familien an die Stadt zu binden. Je mehr Möglichkeiten zum Engagement die (Neu-)Bürger vorfinden, desto mehr identifizieren sie sich, desto mehr engagieren sie sich für „ihre“ Stadt. Dies ist insbesondere in der Metropolregion Frankfurt – Rhein - Main wichtig,



Versorgung: Bürgermeister Patrick Kunkel begrüßt beim Rundgang über die Sport- und Gesundheitsmesse die Aktiven an ihren Ständen und dankt ihnen für ihr Engagement

wo die Gefahr besteht, zur Schlafstätte für die großen Städte mit zahlreichen Arbeitsplätzen zu verkommen. Dieser Gefahr stellt sich die Politik mit zahlreichen Maßnahmen entgegen: Vereinsförderung nach Maßgabe dessen, was die Vereine benötigen. Ständiger Kontakt und Austausch mit den Vereinen, Pflege der ehrenamtlich Aktiven, Schaffen von Möglichkeiten zur Begegnung und Netzwerkarbeit, wie z. B. bei Empfängen, Stadtfesten etc. Die Stadt bindet die Vereine sehr aktiv mit ein und wird auch von den Vereinen „gefordert“. Der zuständige Sport- und Sozialdezernent hat gemeinsam mit der für ehrenamtliches Engagement zuständigen Mitarbeiterin ein Netzwerk für Sozial- und Vereinsarbeit aufgebaut. Gleichzeitig begleitet und informiert er als zuständiger Dezernent die politischen Gremien, und arbeitet in allen Bereichen der Vereinsförderung aktiv mit. Der Bürgermeister

überbringt so oft es geht seine Wertschätzung bei öffentlichen Veranstaltungen und lädt jährlich zum Ehrenamtstag ein. Die Stadt Eltville hat mit dem im letzten Jahr eröffneten EhrenamtsBüro der Stadt eine Institution eingerichtet, die sich, losgelöst vom Tagesgeschäft der Verwaltung, um ehrenamtliche Anliegen kümmert. Hier werden von den „Engagement-Lotsen“ Workshops für Vereinsmitglieder organisiert, Sportveranstaltungen unterstützt und der Ehrenamtstag mit veranstaltet. Die politischen Gremien werden regelmäßig über den Fortgang der Vereinsförderung informiert und sind maßgeblich an der Umsetzung der neu aufgestellten Vereinsförderrichtlinien beteiligt.

Ziel ist es, die Vereine fit für die Zukunft zu machen, nachhaltige Netzwerkarbeit zu leisten und so zukünftigen Herausforderungen zu begegnen. So will die Stadt Eltville die Vereine auch dort einbinden, wo es für sie sinnvoll ist – z. B. bei europäischen Städtepartnerschaftsbegegnungen, wo die Vereinsmitglieder vom gegenseitigen Austausch profitieren.

II. Kurzvorstellung ausgewählter Projektphasen:

1. **Runder Tisch April 2013:** Zunächst haben die Projektverantwortlichen der Stadt die Politik und die Vereinsringvorsitzenden an einen Tisch geholt, um über das Projekt „Ehrenamt sicher in die Zukunft“ zu berichten. Ziel war die Informationen über das Projekt über die Ortsvorsteher und Vereinsringvorsitzenden in die Stadtteile zu bringen.

2. **Treffen Vereinsvorstände und Fragebogenaktion im April und Mai 2013:** Gleichzeitig erhielten alle Vereinsvorstände Post von der Stadt: Ein von den Projektverantwortlichen erstellter Fragebogen, verbunden mit einer Einladung zu einem ersten gemeinsamen Treffen, um die Projektphasen vorzustellen. Der Fragebogen enthielt Fragen zum aktuellen Status Quo der Vereine – aber auch eine konkrete Abfrage an die Vereine, was sie für ihre zukünftige Vereinsarbeit benötigen, auch an kommunaler Unterstützung. Über den Rücklauf waren wir angenehm überrascht: über 50%, mit zum Teil sehr wichtigen und weiterführenden Informationen.

3. **Praxisteil:** Organisation und Durchführung von 11 Workshops von September bis November mit ca. 140 Teilnehmern, gemeinsam mit unserem Kooper-

ationspartner, dem Ehrenamtsbüro der Stadt Eltville am Rhein

4. Einladung Vereinsvorstände und –mitglieder Februar 2014: Vorstellung der Ergebnisse der Workshops, Kurzworkshop mit aktiver Mitwirkung vor Ort zu ausgewählten Themen wie Veranstaltungsorganisation und Mitgliederwerbung. Ausgabe eines zweiten Fragebogens, der auf die Ergebnisse des ersten und die Informationen aus den Vereinen aufbaut.

Rücklauf: wieder nahezu 50%!

5. Workshopangebot Mai – Juli 2014: Dem Wunsch der Vereine folgend wurden vertiefende Workshops zu folgenden Themen angeboten: Mitgliederwerbung, Social Media, Vereinsmanagement, Eventorganisation, Gestaltung Homepage u. a.

6. Veranstaltungsangebot für Vereine: Auftrittsmöglichkeiten für Tanz- und Musikvereine am Eltviller RosenAbend, 30. Mai. Präsentation und aktives Teilnahmeangebot bei EltVital, Eltviller Sport- und Gesundheitstage am 20./21.9.2014.

7. Überarbeitung der Vereinsförderrichtlinien und Vorstellung vor Vereinsvorständen, Juli 2014.

III. Resonanz und positive Ergebnisse:

- Die Rückmeldung bei der Vereinsumfrage hat gezeigt, dass die Vereine durchaus Interesse haben an Informationen sowie Kooperations- und Vernetzungsangeboten der Stadt Eltville. Bisher haben die Projektverantwortlichen mehr Zustimmung als Ablehnung erhalten.

- Die Kommunikation zwischen kommunalen Ansprechpartnern und Vereinen hat sich verbessert.

- Der Wille zur Vernetzung und Zusammenarbeit der Vereine untereinander ist vorhanden.

- Hohe Teilnehmerzahlen bei den Workshops.

- Zusammenarbeit mit dem EhrenamtsBüro der Stadt Eltville, welches sich auch dauerhaft z. B. um die Themen: Fortbildung und Pflege der Anerkennungskultur von Ehrenamtlichen (Ehrenamtstag) kümmern möchte.



Barbara Lilje, seit 2009 bei der Stadt Eltville am Rhein, zunächst als Stabsstelle des Bürgermeisters tätig, u. a. mit

- Eltville – Stadt der Vereine und des bürgerschaftlichen Engagements: Die Stadt ist bemüht, das Ehrenamt nach allen zur Verfügung stehenden Möglichkeiten zu fördern.

- Tradition und Moderne werden in den Vereinen gleichermaßen gepflegt – deshalb möchte die Stadt weiterhin für gute Rahmenbedingungen für die Vereinsarbeit und das Ehrenamt sorgen!

IV. Verankerung nach dem Projektabschluss

Herbst 2014: Abschlusstreffen mit Auslauf der Projektphase:

- Aussicht auf bleibende Instrumente der Vereinsförderung, wie feste Veranstaltungsformate / Austausch und regelmäßige Treffen zu vereinsrelevanten Themen. Dies kann z. B. in Form eines Frühschoppens sein, zu denen abwechselnd Vereine gemeinsam mit dem Bürgermeister einladen.

- Service- und Anlaufstelle bei der Stadt: Regelmäßiger Austausch / Weitergabe von interessanten Informationen und Angeboten für die Vereinsarbeit.

- Regelmäßige Fortbildungsangebote in Zusammenarbeit mit dem EhrenamtsBüro der Stadt Eltville und der Volkshochschule im Rheingau-Taunus-Kreis.

- Präsentations- und Beteiligungsmöglichkeiten bei städtischen Veranstaltungen (Sport und Kultur)

Dauerhaft möchte die Stadt Eltville gemeinsam mit den Vereinen die ehrenamtliche Vorstandsarbeit modernisieren, die Anerkennung mehren und das Image verbessern, um über diesen Weg jüngere Vorstandsmitglieder zu gewinnen. Dazu gehört ebenfalls die Einführung von modernen Kommunikationsmitteln in die Vorstandsarbeit, mit denen man Jugendliche und Kinder stärker an die Vereine bindet. Zudem wollen die Projektverantwortlichen noch aktiver als bisher die Neubürger über die Angebote, in ihrer Kommune aktiv zu werden, informieren. Auch gilt es, das Bewußtsein in der Bevölkerung für die Situation in den Vereinen zu schärfen und sich freiwillig zu engagieren.

Projektarbeit und Fördermittelakquise betraut. Seit 2013 Leiterin des Sachgebietes: Stadtentwicklung, Kultur und Ehrenamt, u. a. mitverantwortlich für die Vereinsförderung. Fotos: Dieter Schenk, Stadt Eltville

Modellkommune Grünberg – „Vereinen Impulse zu geben, das war unser Ziel...“

Silke Arbeiter-Löffert, Beate Herdejost, Edgar Arnold

Die Stadt Grünberg umfasst neben der Kernstadt noch 13 Stadtteile und weist zum 31.12.2013 insgesamt 13.754 Einwohner mit Hauptwohnsitz auf. Anhand der prognostizierten demografischen Entwicklung zeichnet sich eine nur leicht rückläufige Einwohnerzahl für die kommenden Jahre ab.

Im Stadtgebiet von Grünberg existieren 157 aktive Vereine, die ein breitgefächertes Sport- und Freizeitangebot vorhalten. Die vorbildliche Kinder- und Jugendarbeit sowie das starke ehrenamtliche Engagement der Vereine leisten einen wertvollen Beitrag für Sport und Kultur in Grünberg. Bislang beschränkte sich die kommunale Unterstützung überwiegend auf finanzielle Zuschüsse, vereinzelte Sachleistungen des kommunalen Bau- und Servicehofes und die üblichen Ehrungen für langjähriges ehrenamtliches Wirken.

Ziel der Teilnahme am Modellprojekt war eine Form der Unterstützung der Stadt Grünberg für die örtlichen Vereine, die zunehmend Schwierigkeiten bei der Nachbesetzung von freierwerbenden Vorstandsposten haben und oftmals überalternde Vereinsstrukturen aufweisen. Dabei standen die Vernetzung von Vereinen, das gegenseitige voneinander Lernen sowie das Setzen neuer Impulse im Vordergrund.



Reges Interesse bei der 2. Grünberger Vereinskonferenz am 08.10.2013 in der Sport- und Kulturhalle Stangenrod. Stehend informiert sich Bürgermeister Frank Ide bei allen Arbeitsgruppen über den Stand der Diskussionen

Die Projektanbindung und Verknüpfung zu Politik und Verwaltung wurde unter anderem dadurch sichergestellt, dass Bürgermeister Frank Ide, Silke Arbeiter-Löffert vom Kinder- und Jugendbüro, Beate Herdejost vom Seniorenbüro, sowie Edgar Arnold als Fachbereichsleiter Verwaltungssteuerung das Modellprojekt über den gesamten Zeitraum persönlich begleiteten. In regelmäßigen Abständen wurde über den Stand des Modellprojektes sowohl im Magistrat als auch in Verwaltungsbesprechungen berichtet.

Im Rahmen des Modellprojektes wurden alle Vereine eingeladen, an einer 1. Grünberger Vereinskonzferenz teilzunehmen. Diese fand am 22.04.2013 statt und zählte erfreulicherweise rund 140 Teilnehmer. Die Vereine wurden zunächst über das Modellprojekt informiert und anschließend im Rahmen eines Erfahrungsaustausches um Schilderung der aktuellen Vorstandssituation sowie ihrer Wünsche und Bedürfnisse zur Unterstützung der Vereinsarbeit gebeten. In einer anschließenden schriftlichen Befragung der Vereine im Folgemonat Mai konnten Vereine in einem zweiteiligen Fragebogen sowohl allgemeine Angaben zu ihrem Vereinsvorstand



Großes Interesse der Vereine auch bei dem Fachvortrag der Sparkasse Grünberg zur Einführung des neuen SEPA-Lastschriftverfahrens am 26.11.2013 in der Gallushalle Grünberg

als auch persönliche Einschätzungen zur Vereinssituation machen. Bei der Umfrage und Auswertung der Befragungsergebnisse wurde

das Modellprojekt von Studierenden des Fachbereichs Sozialwissenschaften der Justus-Liebig-Universität Gießen begleitet und unterstützt. Die Rücklaufquote betrug sehr gute 58,59 %.

Das Befragungsergebnis wurde allen Grünberger Vereinen im Rahmen einer 2. Grünberger Vereins-konferenz am 08.10.2013 vorgestellt. Als wesentliche Ergebnisse konnten festgehalten werden:

- Die Aktivierung passiver Mitglieder, die Gewinnung neuer junger Mitglieder sowie die Besetzung von Vorstandsposten mit „neuen“ Personen wird als schwierig angesehen;
- Mitglieder wollen sich nicht mehr auf lange Zeit binden, deshalb wird die unverbindliche Mitarbeit bei einzelnen Projekten bevorzugt;
- die Zusammenarbeit mit den ortsansässigen Schulen muss intensiviert werden; neue Medien müssen stärker genutzt und in Vereinsabläufe eingebunden werden;
- der Anteil von Frauen in Vereinsvorständen beträgt lediglich ein Drittel, Frauen sind also bislang in der Vereinsführung deutlich unterrepräsentiert;
- Eltern müssen stärker in Vereinsprozesse eingebunden werden und diese unterstützen (oft wird das Vereinsangebot nur als „bessere Kinderbetreuung“ genutzt).

Aus der Versammlung heraus wurden für die Zukunft auch Wünsche nach stärkerer Unterstützung durch die Stadt Grünberg geäußert, z.B. durch Rechtsberatung zum Satzungs-, Steuer- und Versicherungsrecht, hinsichtlich der Beschäftigung von Übungsleitern, einer besseren Homepage-Präsenz für die Vereine sowie der besseren Bekanntmachung der städtischen Vereinsförderrichtlinien. Hierzu wurden noch im Winterhalbjahr 2013/2014 entsprechende Aktivitäten durch die Stadtverwaltung eingeleitet, z.B. durch Fachvorträge zur Umstellung des Lastschriftverfahrens auf das sogenannte „SEPA-Zahlungsverfahren“ oder auch zum Vereins-/Satzungsrecht.

Entgegen unserer Annahme wurde jedoch die Gewinnung von neuen Vorstandsmitgliedern nicht als größtes Problem der Vereine definiert. Vielmehr wurde die steigende Bürokratie (z.B. Steuerrecht, Antragstellung) und die zunehmende Passivität der Vereins-

mitglieder als weitaus kritischer angesehen. Daraus resultiert die Erkenntnis, dass aufgrund veränderter Lebensbedingungen der Menschen, wie zum Beispiel längere Arbeitswege, flexiblere Arbeitszeiten, Ganztagschulen und steigende Anforderungen im Alltag Vereine reagieren müssen. Diese müssen also ihre Angebote anpassen oder/und verändern, um attraktiv und damit „am Leben zu bleiben“.

Im Rahmen einer dritten Vereinskonzferenz am 07.05.2014 konnte Frau Patricia Ortmann von der Freiwilligenagentur für Stadt und Landkreis Gießen e.V. aus ihrem umfangreichen Erfahrungsschatz bei der Erneuerung von Vereinsprofilen, der Nachwuchsförderung und möglichen neuen Wegen für Vereinsvorstände berichten. Hier wurde den Vereinsvorständen auch die Möglichkeit zur Teilnahme an einer sogenannten „SOFT-Analyse“ angeboten, um ihre Stärken, Schwächen, Chancen und Risiken als Verein zu ermitteln.

Diese „SOFT-Analyse“ wurde in moderierten Kleingruppen an zwei Terminen im Monat Juni 2014 durchgeführt und beleuchtete insbesondere die Fragestellungen: Wie arbeiten wir im Vorstand? Stimmen die Kommunikationswege, sind die Aufgaben klar definiert und verteilt?

Im Projektverlauf bewährt hat sich vor allem die regelmäßige Durchführung einer Vereinskonzferenz, weil dadurch Vereine untereinander im Kontakt bleiben, wichtige Informationen und neue Impulse erhalten. Zudem haben diese die Möglichkeit, Hilfe und Unterstützung im persönlichen Gespräch einzufordern. Auch die Durchführung von kompakten Referaten zu wichtigen Themen mit der Möglichkeit zu Rückfragen und Austausch sollte beibehalten werden.

Die Vereine und die Stadtverwaltung in Grünberg sind gefordert, Vereinsdaten und Angebote auf der Homepage aktuell und interessant zu präsentieren. In diesem Bereich gibt es noch Potential, wie zum Beispiel eine Börse aufzubauen, um Material und Knowhow gemeinsam zu nutzen, ähnlich wie es bereits vom Kinder- und Jugendbüro der Stadt Grünberg praktiziert wird.

Dazu gehört auch eine verbesserte Zusammenarbeit von Vereinen und Schulen, um potenziellen Nachwuchs bereits frühzeitig für Vereinsarbeit zu interessieren und die Nachmittagsangebote der Schulen zu bereichern. Ausgelöst durch das Modellprojekt sieht sich die Stadt Grünberg auch als Initiator und

Motor hierfür. Ein Gewinn aus dem Modellprojekt ist auch die Erkenntnis, dass die Vereine und die Stadt Grünberg eine wichtige Rolle einnehmen, kulturelles Leben und vielfältiges Freizeitangebot in dieser ländlichen

Angaben zu den Autoren:



Silke Arbeiter-Löffert, Diplom-Sozialarbeiterin, verheiratet, 47 Jahre alt, arbeitet seit insgesamt 22 Jahren im Kinder- und Jugendbüro der Stadt Grünberg in Mittelhessen.



Beate Herdejost, Diplom-Sozialpädagogin, verheiratet, 55 Jahre alt, arbeitet seit insgesamt 6 Jahren im Seniorenbüro der Diakonie, Beratungsstelle für freiwilliges Engagement, in Grünberg.

Umgebung aufrecht zu erhalten.

Die Ergebnisse und Erkenntnisse aus dem Modellprojekt werden sicherlich auch in den nunmehr beginnenden Leitbildprozess der Stadt Grünberg einfließen.

Edgar Arnold, Diplom-Verwaltungswirt, verheiratet, 49 Jahre alt, arbeitet seit insgesamt 34 Jahren in der öffentlichen Verwaltung und ist seit 3 Jahren als Fachbereichsleiter für Verwaltungssteuerung bei der Stadt Grünberg in Mittelhessen tätig. Fachbereichsleiter I der Stadt Grünberg, Rabegasse 1, 35305 Grünberg, Tel. 06401 / 804 110, Fax: 06401 / 804 103, Mail: e.arnold@gruenberg.de

Ronshausen - Ein Dorf will seine Zukunft meistern

Rainer Lang

Mitten in Deutschland, am ehemaligen Ostrand der Bundesrepublik geht es um die Lebensqualität in den kommenden Jahren und Jahrzehnten: Aufbruch in die Zukunft. Dazu haben Bürger politisch unterstützt eine Zukunftswerkstatt ins Leben gerufen, hat sich die Gemeinde beworben, beim Modellprojekt „Ehrenamt sicher in die Zukunft“ mitzuarbeiten. Die Initiative war erfolgreich.

Das langgezogene Dorf mit sieben Tälern und über 70 Prozent Waldflächen war einst Luftkurort und Erholungsort vor allem für Menschen aus dem Ruhrgebiet – viele sind dann auch hier geblieben. Ein Zeichen dafür: Der Westfalenverein wurde gegründet – heute existiert er praktisch nicht mehr.

Im Ortsteil Machtlos ist eine Ferienhaus-siedlung entstanden – heute erholen sich dort Familien, häufig aus den Niederlanden.

Die Nähe zu Bebra – einem ehemals sehr wichtigen Schienenverkehrsknotenpunkt, später einem Interzonenbahnhof – hat Ronshausen über Jahrzehnte zu einem beliebten Wohnort für Lokomotivführer, Schaffner und Bahnbedienstete gemacht. Die neue ICE-Trasse führt an Bebra vorbei – mit weitreichenden Folgen für Bebra und den Gemeinden in der näheren Umgebung.

Ronshausen

Lage:	Kreis Hersfeld-Rotenburg
Ortsteile:	Ronshausen 2 198 EW Machtlos 198 EW
Einwohner 2012:	2 396 EW
Prognose 2030:	1 833 EW
Minus 23% oder	563 EW

Veränderung der Altersstruktur

Bis unter 3 Jahre	- 5 %
3 bis unter 6 Jahre	- 9 %
6 bis unter 10 Jahre	- 6 %
10 bis unter 15 Jahre	-10 %
15 bis unter 21 Jahre	- 9 %
21 bis unter 25 Jahre	-10 %
25 bis unter 40 Jahre	-18 %
40 bis unter 65 Jahre	-11 %
65 bis unter 75 Jahre	+ 5 %
75 Jahre und älter	+ 1 %

Anzahl der Vereine	25
Durchschnittliche Mitgliederzahl	145
Durchschnittsalter der Vorstandsmitglieder	53 Jahre

Mitarbeit im Modellprojekt

Das Modellprojekt ist angebunden an die Gemeinde, aber ebenso an die Zukunfts-

werkstatt Ronshausen und wird vornehmlich ehrenamtlich durchgeführt.

Die Vereine sind eine tragende Säule des Gemeinschaftslebens in Ronshausen. Seit vielen Jahren stimmen sie sich in der „Vereinsgemeinschaft“ ab. Wer richtet die Kirmes aus, welcher Verein macht was auf dem Dorffest. Gemeinsam wird es organisiert – alle Vereine sind eingebunden und machen mit. Die Gründung der GBR zur Durchführung der 950-Jahr-Feier im Jahr 2011, die Organisation und dann die Durchführung hat die Vereinsgemeinschaft geleistet – mit Unterstützung der Gemeinde.

Und trotz dieser Gemeinschaft in Ronshausen wird es für die Vereine schwerer mit „Vereinsangeboten“ Menschen zu begeistern, Mitglieder zu werben, Mitglieder zu halten und zu engagierter Mitarbeit zu motivieren. Gründe hierfür sind:

- die demographische Entwicklung,
- weite Wege zum Arbeitsplatz,
- zu weiterführenden Schulen,
- die Ausdehnung des Schulalltags,
- die (Ver-) Reiselust,
- das explosiv angestiegene mediale Freizeitangebot.

Vereinsbefragung

Wir wollten von den Vereinen wissen, wie die Vereine ihre Zukunft sehen. Wir haben dazu nicht nur den oder die Vorsitzende/n, sondern auch Kassierer, Schriftführer, Einsatzleiter befragt. Bürgermeister Markus Becker hat mit den Vorsitzenden gesprochen. Rainer Lang hat die andern Vorstandsmitglieder interviewt, zuvor den Fragebogen ausgearbeitet, getestet und die Befragung ausgewertet. Wichtig war uns das Gespräch – und das dauerte dann auch schon mal länger als eine Stunde. – Es sind mehrere Wochen ins Land gegangen, bis das letzte der 47 Interviews durchgeführt war.

Es hat sich gelohnt. In den Gesprächen kamen kritische Entwicklungen ebenso wie neue Ideen zur Sprache. Mit einer PowerPoint-Präsentation wurde Bekanntes und Überraschendes dargestellt. Die Befragungsergebnisse können in einem ausführlichen Bericht nachgelesen werden.

Schlaglichter

Die Motive, im Vorstand mitzuarbeiten, sind vielfältig – aber ohne ein gutes Vereinsklima, ein gutes Vorstandsteam hat niemand Lust, eine Vorstandsaufgabe zu übernehmen.

Hoch ist die Motivation insbesondere der Vorsitzenden, sich für die Gemeinschaft, für Ronshausen zu engagieren.

Niemand hat die Vorstandsaufgabe übernommen, um Anerkennung und Wertschätzung zu erhalten.

Vorsitzende sind bemüht, andere Vorstandsmitglieder mit ihrer Aufgabe nicht allein zu lassen – wichtig für „Nicht-Vorsitzende“ ist: ihre Aufgabe ist überschaubar – der Zeiteinsatz kalkulierbar.

Vorsitzende möchten den Vorsitz eine begrenzte, festgelegte Zeit wahrnehmen – „Nicht-Vorsitzende“ meinen: die/der Vorsitzende kann's doch „ewig machen“.

Vorsitzende votieren für eine Altersgrenze – „Nicht-Vorsitzende“ meinen, eine Altersgrenze für den Vorsitzenden ist nicht erforderlich.

„Hilfe von außen“ – das haben zweidrittel der Vereine noch nicht ausprobiert.

Fortbildung – wird häufig als nicht wichtig und als zusätzliche Belastung (Zeitaufwand unangemessen) angesehen (von der Umstellung auf SEPA mal abgesehen).

Gespräche über die Zukunft des Vereins werden im Vorstand zwar häufiger geführt, aber selten systematisch vorbereitet, mit Einbeziehung von „einfachen“ Mitgliedern sowie externen Beratern

Neue Vorstandsmitglieder werden im Verein gesucht – ein Mitglied wird „ausgeschaut“ und gezielt angesprochen

Öffentlichkeitsarbeit ist eine wichtige Aufgabe der Vorstandsarbeit, die mit viel Aufwand verbunden ist – hier tun sich vor allem kleinere Vereine sehr schwer

Ist das Angebot eines Vereins attraktiv, dann ist auch das ehrenamtliche Engagement nicht gefährdet – und umgekehrt!

Eine zentrale Herausforderung ist, die Angebote attraktiv zu gestalten, zu aktualisieren, die Vereinsarbeit zu modernisieren. Stillstand, Bewahrung ist Rückschritt.

Die Vereine haben vielfältige Aufgaben zu bewältigen: Unterhaltung der eigenen Immobilie, überhaupt Trainer/Übungsleiter zur Verfügung zu haben, Interessierte zu bewegen, eine Übungsleiterlizenz zu erwerben, Jugend-

liche, überhaupt Mitglieder zu gewinnen, den Vorstand gut zu besetzen, Helfer zu gewinnen – und das alles trotz des Lebensmittelpunktes im Dorf.

Dörfliche, ehrenamtlich geführte Vereine fühlen sich von den Verbänden vernachlässigt, nicht unterstützt, sondern als „Beitragszahler und Datenlieferant“ missbraucht, durch Auflagen und Forderungen der Verbände „bürokratisiert“ – erschwerend wird die große räumliche Distanz gesehen: alle Verbände haben ihren Sitz in Südhessen

Projektorganisation – Projektablauf

Der Vereinsgemeinschaft wurde das Modellprojekt präsentiert, ihr aber nicht angegliedert. Hier werden die Vereine von den Vorsitzenden vertreten, nicht erreicht werden also interessierte und engagierte Bürger, andere Vorstandsmitglieder. Die Zukunftswerkstatt hatte Arbeitsgruppen gebildet. Es bot sich an, das Modellprojekt an eine Arbeitsgruppe der Zukunftswerkstatt, die auch das Thema „Vereine“ bearbeiten sollte, anzugliedern.

Darüber hinaus begleitet eine Projektgruppe das Modellprojekt.

In einem moderierten Workshop mit den Befragten wurden die Zwischenergebnisse der Befragung diskutiert. Vielfältige Vorschläge wurden auf Moderationstafeln festgehalten.

Workshop

Zentrale Themen

Vorstandsarbeit und –verantwortung

Mitgliedergewinnung und Mitgliederpflege

Finanzierung der Vereinsarbeit

Kooperation mit anderen Vereinen

Wir bedanken uns für die Unterstützung von Frau Claudia Koch, Projektassistentin hessisches Modellprojekt, Sigrid Jakob, Freiwilligenzentrum Offenbach, Sigrid Wetterau, Regionalforum Hersfeld-Rotenburg, Stephan Wachsmuth, Koordinierungsstelle Generationshilfe, Landkreis Hersfeld-Rotenburg

Die vielfältigen Anregungen, Ideen sind dokumentiert und wurden in der Vereinsgemeinschaft vorgestellt.

Der Projektbeirat hat den Fortgang intensiv diskutiert und sich dafür entschieden, möglichst viele Ronshäuser in die

Weiterentwicklung der Workshop-Ideen einzu-beziehen, um die umfangreichen Ergebnisse des Workshops zu nutzen und zu konkretisieren. Sie wurden allen Teilnehmern der Bürger- und Vereinskonzferenz vorab zugänglich gemacht.

Workshopteilnehmer (von links)



1. Reihe: Uwe Ziegenbein, Sigrid Wetterau, Matthias König, Markus Becker, Sigrid Jakob, Michael Brandau
2. Reihe: Klaus Apel, Ida Kandziora, Rainer Roppel, Ernst Richard, Christopher Sauer, Mario Steinhäuser
3. Reihe: Dirk Stauffenberg, Claudia Koch, Doris Kersch, Rainer Lang, Renate Gebauer, Gerold Wiegand, Matthias Mohr
4. Reihe: Anja Ullrich, Heinrich Curth, Jens Reyer, Kurt Ernst, Stefan Gries, Helmut Miska, Stephan Wachsmuth

Bürger- und Vereinskonzferenz



Bürger- und Vereinskonzferenz

Die Teilnehmer notieren altersgruppenbezogen, was in Ronshausen gut ist oder fehlt.

Am 18. Januar 2014 fand eine moderierte Bürger- und Vereinskonzferenz statt. Ellen Ehring, („Potenzial entwickeln“, Alheim), stimmte die 50 bis 60 Teilnehmer auf die demografische Entwicklung ein und animierte sie zum Mitdenken und Mitmachen. Auf einem Zeitstrahl, der Lebensaltersgruppen abbildet, sollten „Diamanten“ (also besonders gute

Angebote / Einrichtungen ...) eingetragen werden, aber auch „Was fehlt heute schon?“

Kleine Gruppen sind vor Moderationstafeln ins Gespräch gekommen. Ihre Ideen wurden wie im Workshop auf Moderationstafeln festgehalten. Zu thematischen Schwerpunkten werden wir neue Arbeitsgruppen bilden und daran weiterarbeiten.

Die Zukunftswerkstatt soll im Sommer 2014 ihre Ideen und Vorschläge vorlegen und zunächst ihre Arbeit abschließen. Wenige Tage nach der Bürger- und Vereinskonzferenz wurden in der entsprechenden AG engagierte Mitstreiter geworben. Am 28. April wird mit einer Kickoff-Veranstaltung die Arbeit der neuen Arbeitsgruppen begonnen.

Willkommensbroschüre für Neubürger und alle Ronshäuser – dies hat die Gemeinde in Zusammenarbeit mit den Vereinen gleich erledigt.



Workshopideen

Am Ende des Workshops werden die Vorschläge bewertet.

Hier einmal die Notizen auf den Moderationstafeln:

Zusammenarbeit der Vereine – 1) Netzwerk „Veranstaltungen & Angebote“ dazu:



Rainer Lang, Diplom Soziologe und Sozialpsychologe, Stadtplaner

gemeinsamer Veranstaltungskalender, gemeinsamer Webauftritt, gemeinsames Infoblatt, Veranstaltungen für andere öffnen
 2) Pressearbeit - gemeinsamer Pressereferent
 3) Vereinshäuser öffnen, gemeinsam nutzen
 4) Verwaltungsarbeit zusammenlegen – Technik & Infrastruktur, Vereinsbüro
 5) Nachmittagsbetreuung durch Vereine (Sport, Handwerk, Bildung) in Zusammenarbeit mit Grundschule, Förderverein & Kita

Jugendförderung in Ronshausen - Jugendarbeit in Verbindung mit Arbeitsmöglichkeiten, Jugendclub, Jugendkonferenz

Bürger helfen Bürger – Inwieweit können Straßengemeinschaften, Nachbarschaften Ältere unterstützen? Erforderlich zentrale Koordinierungsstelle, Haftung (Versicherung), Kosten, Kollision mit Gewerbe – 1) Bedarfsliste / angebotsliste erstellen – Seniorenverein, Gemeindeverwaltung, öffentliche Pflegedienste, Apotheke befragen – systematisch Bedarf in Ronshausen erfassen 2) Umsetzung durch rüstige Rentner ... - mittlerweile wird nicht nur an Hilfe für Ältere, sondern für Familien, Kinder, ... alle Bürger gedacht

Diese Notizen auf den Moderationstafeln zeigen, die Betonung wird zunehmend stärker auf eine vereinsübergreifende ehrenamtliche Arbeit gelegt. Die Herausforderungen sind groß, sehr groß. Viel Fingerspitzengefühl, viel Geduld und ein langer Atem sind in diesem Prozess der Veränderung, der Anpassung, des gezielten Wandels von allen Beteiligten gefragt – und: eine parteiübergreifende Unterstützung!

Ronshausen ist im Aufbruch!

LEADER-Programm in Hessen geht in eine neue Runde

Reiner Kopp



Hofbieber, Foto: Quelle RP Kassel

Die LEADER-Strategie der Europäischen Union hat in Hessen im Rahmen der ländlichen Regionalentwicklung eine lange Tradition. Anfang der 1990-Jahre wurde auf europäischer Ebene die Gemeinschaftsinitiative LEADER gestartet. Sie hatte das Ziel, den ländlichen Regionen die Möglichkeiten für eigenverantwortliche Prozesse und Strategien zu eröffnen sowie angepasste und innovative Lösungen zu unterstützen. Hessen beteiligte sich von Anfang an diesem Programm. Zu den ersten LEADER-Fördergebieten gehörten z. B. das Biosphärenreservat Rhön, der Vogelsberg und der Odenwald.



Kulturlandschaft bei Frankenau – Region Kellerwald-Edersee, Foto Achim Frede

In der EU-Förderperiode 2007-2013 erfolgte ein Paradigmenwechsel, indem die bisherige Gemeinschaftsinitiative in das Mainstream-Programm des Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen

Raums integriert wurde. Damit stand mehr Fördergeld zur Verfügung, aber gleichzeitig wurde das Verwaltungs- und Kontrollsystem deutlich komplizierter. Vorgaben aus der landwirtschaftlichen Flächenförderung wurden auf die völlig anders ablaufenden investiven Maßnahmen übertragen. Gleichwohl stieß das damalige LEADER-Programm auf großes Interesse und in einem Auswahlwettbewerb konnten 20 Regionen als Lokale Aktionsgruppen (LAG) und LEADER-Fördergebiete anerkannt werden. Fünf weitere, nicht anerkannte Regionen erhielten im weiteren Fördermöglichkeiten für einzelne Projekte. (Einen Überblick über alle Regionalforen und LAG'en der Förderperiode 2007 – 2013 finden Sie unter:

<https://umweltministerium.hessen.de/landwirtschaft/laendlicher-raum/eplr-2007-2013/schwerpunkt-leader.>)

Trotz der im Laufe des Förderzeitraumes bis 2013 aufgetretenen Schwierigkeiten und Verzögerungen konnten die LAG die zugewiesenen Budgets von insgesamt 26 Mio. EURO (davon 19 Mio. EURO EU-Mittel) für regionsspezifische Projekte in den Bereichen Regionale Wertschöpfung, Verbesserung der Lebensqualität, Diversifizierung und LEADER-spezifische Vorhaben ausschöpfen. Besonders erfolgreich war der Bereich der Existenzgründung. Hessen stellt im Gegensatz zu vielen anderen Bundesländern für die Gründung von Kleinstunternehmen im ländlichen Raum Landesgeld zur Kofinanzierung der EU-Mittel zur Verfügung. Eine Übersicht über die geförderten Projektbereiche mit vielen Beispielen und einem Ausblick auf die neue Förderperiode enthält die aktuelle Broschüre „LEADER bewegt Regionen – Ländliche Regionalentwicklung in Hessen“.

Mit der Erarbeitung eines neuen Entwicklungsplans für den ländlichen Raum (EPLR Hessen 2014-2020) wird auch die LEADER-Förderung neu aufgestellt. Hessen wird den ländlichen Regionen weiter die Möglichkeit eröffnen, an der LEADER-Förderung zu partizipieren. Die Grundlagen

dazu wurden in einer Projektgruppe aus Vertretern der Landkreise, der Hessischen Regionalforen, der WIBank und des Fachministeriums erarbeitet. Mit dem Aufruf zur Teilnahme am Bewerbungs- und Auswahlverfahren – veröffentlicht im Staatsanzeiger 52/2013 – wurden die Rahmenbedingungen und Zielsetzungen des Verfahrens bekannt gemacht. Ein umfangreicher Kriterienkatalog ist darin enthalten. Auf dieser Grundlage erarbeiten die Regionen in einem beteiligungsorientierten Prozess die neuen Regionalen Entwicklungskonzepte (REK). Es wird von 24 Bewerbungen ausgegangen, die sich im Wesentlichen aus den bisherigen Regionen zusammensetzen werden. Teilregionen, die bisher nicht partizipierten, haben sich mit bestehenden Regionen zusammengetan. In Mittelhessen gab es zudem eine Fusion.

Die Handlungsfelder der Regionalstrategien können neben der ELER-Priorität 6 (ländliche Entwicklung) auch alle anderen EU-Prioritäten umfassen. Im Sinne einer integrierten Strategie sollen zudem auch die EU-Querschnittsziele wie z. B. der Klimaschutz Berücksichtigung finden. Bei der Auswahl der zukünftigen Projekte durch die LAG können nur mit der Regionalstrategie kompatible Vorhaben herangezogen werden. Pflichtaufgaben der kommunalen Gebietskörperschaften dürfen nicht gefördert werden.

Die vorgesehene Ausstattung an Fördermitteln in Höhe von 50 Mio. EURO (davon ca. 40 Mio. EU-Mittel) ermöglicht die Anerkennung

aller derzeit bekannten Bewerberregionen. Voraussetzung ist allerdings, dass sie die geforderten Basiskriterien des Wettbewerbsaufrufs erfüllen. Bei der Bemessung der konkreten Fördermittel bis 2020 werden neben einem Grundbudget auch die Einwohnerzahl der Regionen und die Qualität der REK berücksichtigt.

Die Bewerbungsfrist endet am 1. September 2014. Die eingereichten REK werden durch eine unabhängige Expertenkommission auf der Grundlage der Qualitätskriterien bewertet. Die resultierende Ranking-Liste wird bei der Bemessung der Fördermittel herangezogen. Die Expertenkommission wird aus dem Kreis der Wirtschafts- und Sozialpartner berufen. Beim Auswahlverfahren wird das Fachministerium durch einen fachkundigen Dienstleister unterstützt. Der Auswahlprozess und die Anerkennung der neuen LAG soll bis Ende 2014 abgeschlossen sein.

Die Landesregierung misst den eigenverantwortlichen Prozessen und Organisationen in den ländlichen Regionen eine hohe Bedeutung bei. Strukturelle und demografische Herausforderungen sind zu großen Teilen nur auf der Grundlage von situationsgerechten regionalen Strategien anzugehen. Neben dem gegenüber der vergangenen EU-Förderperiode deutlich erhöhten landesweiten LEADER-Budget ist deshalb auch der Einsatz von ca. 30 Mio. EURO aus ELER-Mitteln für den Ausbau von schnellem Breitband für dünn besiedelte ländliche Regionen folgerichtig.

Autor: Dipl.-Ing. Reiner Kopp, Hessisches Ministerium für Umwelt, Klimaschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz, Referatsleiter Dorf- und Regionalentwicklung, Landtourismus, Mainzer Str. 80, 65189 Wiesbaden

Bestelladresse der Broschüre „LEADER bewegt Regionen“: Hessisches Umweltministerium, Mainzer Str. 80, 65189 Wiesbaden, Frau Tanja Fuchs, 0611-815-1766, tanja.fuchs@umwelt.hessen.de

Der regionale Entscheid des Hessischen Dorfwettbewerbs 2014 - Wie die Bereitschaft zum Engagement unterstützt werden kann, um die zurückhaltende Beteiligung zu stoppen

Hiltrud Schwarze

Nur selten steht die Entwicklung der Hessischen Stadt- und Ortsteile im Blickpunkt der großen Politik. Und wenn, dann ist der Fokus zumeist auf außergewöhnliche Infrastrukturprojekte oder auf die Kosten gerichtet, die die Kerngemeinde für die Aufrechterhaltung der örtlichen Infrastruktur benötigt. Außen vor bleibt dabei häufig die Frage, welche Beiträge die Bewohnerinnen und Bewohner für ihre Kommune leisten.

Der Hessische Wettbewerb „Unser Dorf hat Zukunft“ greift genau diesen Aspekt auf. Ortsbeiräte und dörfliche Akteure nutzen den Wettbewerb, um im Besonderen auf die vielfältigen Aktivitäten im Ort zu blicken. Der Dorfwettbewerb wird zum Anlass, die gegenwärtige örtliche Situation zu analysieren und auf ihre Zukunftstauglichkeit zu überprüfen. Dabei gilt es auch die vorhandenen Aktivitäten zu optimieren oder neue Projekte zu entwickeln.

Mit Neustadt-Mengsberg und Reinheim-Ueberau wurden im Januar dieses Jahres gleich zwei hessische Dörfer mit der Goldmedaille im Bundesentscheid ausgezeichnet.



Grundschule Neustadt-Mengsberg

*Schülerinnen und Schüler begrüßen die
Bewertungskommission
und die Mengsberger Bevölkerung*

Vor diesem Hintergrund und der aktuellen demografischen Herausforderungen lohnt es sich zu hinterfragen, was den Erfolg dieser beiden Orte möglich gemacht hat.



Kunstaktion Stühle

*Über 200 Stühle wurden im Rahmen einer Kunstaktion in
Reinheim-Ueberau dekoriert.*

Die Erfahrungen zeigen, dass dabei insbesondere zwei Voraussetzungen für den Erfolg stehen. Zum einen ist es die Bereitschaft der Bewohner, sich durch großes und vor allem *dauerhaftes* bürgerschaftliches Mitwirken vor Ort einzubringen und zum anderen der *gemeinsame* Wille der Dorfgemeinschaft, die ortsspezifische Ausgangssituation aufzugreifen und JETZT die Zukunft zu gestalten. Dabei fließen Eigeninitiative, Konzepte und Projekte der Bewohner sowie der Gesamtkommune in den Wettbewerb ein. Beide Orte zeichnen sich durch eine ausgeprägte „Kultur der Eigenverantwortung“ aus, die von der Erkenntnis geprägt ist, sich selbstverständlich persönlich zu engagieren. Mit ihrer Arbeit wurde für die Wettbewerbsjury die Vision eines zukunftsfähigen Ortes erkennbar.

Beide Voraussetzungen bedingen und befruchten sich gegenseitig. Im Ergebnis geht es um die Stärkung der dörflichen Identität und die Entwicklung von Perspektiven für ein aktives Zusammenleben. Die Kommunen in Hessen können den Wettbewerb zum Anlass nehmen, ihre Ortsteile zum Mitmachen zu ermuntern. Der Dorfwettbewerb eröffnet die Chance, den Weg einer nachhaltigen Entwicklung gemeinsam zu gehen. Erstmals wird 2014 ein Sonderpreis „Jugend im Dorf“ ausgelobt, der die Aufmerksamkeit auf eine besonders wichtige Bevölkerungsgruppe lenken soll.

Die aktuelle gesellschaftliche Lage drängt. Aus vielen hessischen Dörfern ziehen immer mehr Jugendliche und junge Erwachsene für oder nach der Ausbildung fort. Oft fehlt ihnen die Zukunftsperspektive für sich. Verstädterung im

Süden des Landes - insbesondere im Rhein-Main-Gebiet - ist ein großes Thema. Im Zuge dessen verlieren die Dörfer im Norden und Osten immer mehr Bewohnerinnen und Bewohner. Jugendliche gehen unter anderem, weil es weniger hochwertige Arbeits- und Bildungsangebote gibt. Künftige Kinder müssen kilometerweit zur Schule gefahren werden.

Der Dorfwettbewerb in Hessen will zu mehr zivilgesellschaftlichem Engagement anstoßen und letztendlich erreichen, dass die Bewohnerinnen und Bewohner bleiben wollen. Die Dorfbewohner sollen am eigenen Leibe erfahren, dass sie tatsächlich etwas bewegen können und sich Engagement auszahlt sowohl für das eigene Selbstwertgefühl, als auch für die Gemeinschaft, in der man lebt. Außerdem können im Rahmen des Wettbewerbs Möglichkeiten erarbeitet werden, wie dorftypische Problematiken in der regionalen und überregionalen Politik Beachtung finden können.

Zahlreiche Beispiele in Hessen zeigen, wie Bürger und Kommunen aus der „Not“ heraus gemeinsam nach Lösungen auf die aufgeworfenen Fragen suchen und finden. Hierunter fallen die

- Übernahme der Bürgerhäuser durch Vereine,
- der Aufbau flexibler Formen der Daseinsvorsorge,
- der Ausbau nachbarschaftlicher Angebote,
- die Entwicklung bedarfsgerechter Wohnangebote,
- der Aufbau eines Nahwärmenetzes mit Gründung einer örtlichen Genossenschaft,
- die Initiierung von Betreuungseinrichtungen für Kleinkinder,
- das aktive Zugehen auf die Gruppen der Jugendlichen und Senioren,
- die Gebäudenutzungserhebungen,
- die Nutzung der Bausubstanz und der Infrastruktur in den Kernbereichen,
- die Verbesserung des ortstypischen Grünbestandes und -pflege,

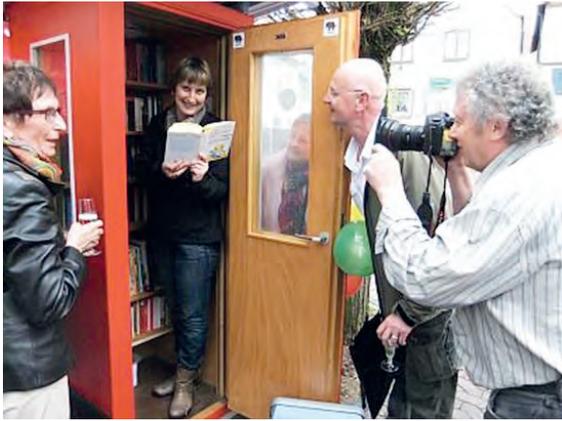
- die Schaffung umweltpädagogischer Angebote und vieles mehr.

Dabei gewinnen neuartige Kooperationen und Trägerschaften eine wachsende Bedeutung.



Umnutzung statt Abbruch Realisierung eines regionalen Wohnungsprojektes für Menschen mit geistiger Behinderung in einer leer stehenden Hofreite mitten in Reinheim-Ueberau.

Auch in diesem Jahr nutzen hessenweit 120 Orts- und Stadtteile die Chance, ihre Leistungen öffentlich ins Bild zu setzen. Leistungen, die für Außenstehende oft so selbstverständlich erscheinen. Auch wenn die Zahl erneut rückläufig ist, widersetzen sich diese Orte dem Trend der Entleerung und Schrumpfung. Es herrscht Aktivität und soziales Engagement. Stets gibt es einen Kern von Akteuren, die häufig gleichzeitig in mehreren Vereinen organisiert sind und von denen zahlreiche Impulse ausgehen. Entscheidend ist, dass es diese „Zugpferde“ gibt. Oft sind es die Ortsvorsteher, denen kein Weg zu weit und kein Formular zu schwierig ist. Diese „Zugpferde“ des Dorflebens verfügen über gute Kontakte zur Verwaltung der Kerngemeinde und wissen, wie und wo man sich Hilfe holt.



Offener Bücherschrank

8 Ueberauer Frauen nahmen das Projekt mit Hilfe eines Ueberauer Bürgers, der den Stellplatz zur Verfügung stellte, eines ortsansässigen Schlossermeisters, der die alte Telefonzelle spendete und die Frauen tatkräftig beim Umbau derselben unterstützte, in Angriff.

Fehlen oder fallen diese „tragenden Säulen“ aus, gerät auch die Teilnahme am Dorfwettbewerb ins Wanken. Insofern ist es zu erklären, dass immer weniger Orte bereit sind, neben laufenden Projekten Zeit für die Vorbereitung des Wettbewerbs aufzubringen. Auffällig wird dieses Phänomen an der relativ hohen Rückzieherquote im Zeitraum zwischen Anmeldestichtag 1. März und Bereisungsstart vor den Sommerferien, also kurz bevor es „ernst“ wird. „...die Bürger wollen ihre ganze Kraft in die anstehenden Projekte geben, aber sind nicht bereit, zusätzlich Zeit in den Wettbewerb zu investieren. Dabei wurde im letzten Jahr eine super 2-tägige Veranstaltung mit richtig umfangreichem Programm und stehendem Festzug zur 750 Jahrfeier auf die Beine gestellt. Das scheint noch nachzuwirken, obwohl gerade deshalb der Arbeitsaufwand gar nicht so groß gewesen wäre, sehr schade...“ so eine Verantwortliche für den Regionalentscheid des Landkreises Hersfeld-Rotenburg.

Um eine Teilnahme zu stabilisieren und zu mehr Engagement zu motivieren ist es wichtig, dass von der Kerngemeinde institutionelle Rahmenbedingungen geschaffen werden sowie ideelle und finanzielle Unterstützung angeboten wird. Dies kann geschehen durch:

- eine breite Anerkennung des gesellschaftlichen Engagements der dorfeigenen Initiativen, Vereine und Projekte
- eine enge Zusammenarbeit zwischen der Verwaltung und den lokalen Akteuren
- eine dorf-/gemeindeübergreifende Vorbereitung der Bewerbung.

Nur so fühlt sich der Ortsteil nicht allein gelassen, sondern kann in die Lage versetzt werden, eigenverantwortlich vorzugehen.

Seit April bereiten sich die Dörfer auf ihre Präsentationen vor. Acht Kommissionen bereisen bis Ende September die Orte. Diese sind in kreisübergreifenden Regionen mit max. 20 Teilnehmern zusammengefasst. Verantwortlich für die Durchführung des Regionalentscheides 2014 sind 3 ausgewählte Landräte mit ihren Fachbereichen Dorf- und Regionalentwicklung und 5 kreisübergreifende Kommissionen, zusammengesetzt aus 12 Landkreisverwaltungen.



Spielmobil im eigens dafür hergerichteten Bauwagen. Unterstützt durch die Kinder- und Jugendförderung der Stadt Reinheim.

Wenn Sie wissen möchten, welche Orte am 35. Hessischen Wettbewerb teilnehmen, wie die Regionen zugeschnitten sind, welcher Landkreis die jeweilige Federführung hat oder welches die Bewertungskriterien sind, dann schauen Sie unter www.rp-kassel.de (Direktlink Dorfwettbewerb/Aktuelles) nach.

Autorin: Hiltrud Schwarze, Regierungspräsidium Kassel, Telefon: 0561/106-1112, hiltrud.schwarze@rpks.hessen.de, Bildquelle: Regierungspräsidium Kassel

Der Wert eines Dorfes – ein Beitrag zur Diskussion um die Absiedlung ländlicher Räume

Ulf Hahne

Demografischer und sozioökonomischer Wandel führen in vielen Teilen der ländlichen Räume in Deutschland zu Leerständen, Verschlechterung der Lebensverhältnisse und überdurchschnittlich hohen Erhaltungskosten der Siedlungsstrukturen. Für die Bewohner wird es teuer, weil die Angebote der Daseinsvorsorge von einer geringer werdenden Anzahl von Haushalten getragen werden müssen. Fehlende Angebote und Einkommensmöglichkeiten vermindern die Standortattraktivität oder erfordern einen erhöhten Mobilitäts- und Zeitaufwand. Zugleich verfallen mangels Nachfrage die Immobilienwerte. Für die Kommunen und die Gesellschaft insgesamt stellt sich die Frage, ob der Aufwand für den Erhalt dezentraler Siedlungen nicht zu hoch wird.

Dies hat zu dem extremen Vorschlag des Berlin-Instituts für Bevölkerung und Entwicklung (2011, 2013) geführt, Dörfer und ganze Regionsteile abzusiedeln. Dagegen lassen sich ethische (Freiheit der Wohnortwahl) und rechtliche (Schutz des Eigentums) Bedenken anführen (Hahne/Stielike 2013), aber es lässt sich auch prüfen, was ein solcher Vorschlag kosten würde.

Dazu wurde im Rahmen einer Masterarbeit an der Universität Kassel (Czybulka 2013) exemplarisch ein Dorf in Nordhessen betrachtet, das im Zeitraum von 1995 bis 2010 einen hohen Einwohnerrückgang (36 %) verzeichnete und im Jahr 2013 noch 114 Einwohner beherbergte. Der Name des Dorfes spielt keine Rolle, denn es geht nicht um einen konkreten Handlungsvorschlag, sondern um die Berechnung des Wertes von Grundstücken und Kosten der Infrastruktur eines realen Dorfes als Beispiel. Das Dorf gehört zu einer peripher gelegenen Landgemeinde, die ebenfalls schrumpft, wenn auch langsamer (im genannten Zeitraum um 12,7 %); der nächste Ortsteil ist 2 km, der Kernort mit einigen Versorgungseinrichtungen 10 km entfernt. Das Dorf selbst fungiert als reines Schlafdorf, über das Dorfgemeinschaftshaus hinaus sind keine weiteren Versorgungsangebote vorhanden.

Berechnungsansatz

Für die Berechnung wurden die Bodenwerte und Gebäudewerte aller Grundstücke in der Gemeinde nach Bodenrichtwert und Verkehrswertverfahren ermittelt. Für letzteres wurden die Wiederherstellungskosten um einen Marktanpassungsfaktor (bei Bodenrichtwerten unter 49 € und Sachwerten unter 200.000 € beträgt dieser 0,59) und einen demografischen Faktor korrigiert. Der demografische Faktor geht dabei auf einen Berechnungsvorschlag der hessischen Gutachter Scharold und Peter (2013) zurück und beträgt für den Fall unseres Dorfes derzeit 0,45. Daraus ergeben sich für das Beispiel folgende Gesamtwerte aller vorhandenen 50 Grundstücke:

A	Bodenwert + Wiederherstellungskosten Gebäude	14.200.000 €
B	= A korrigiert um Marktanpassungsfaktor	8.100.000 €
C	= B korrigiert um demografischen Faktor	3.600.000 €

Der deutliche Unterschied zwischen Wiederherstellungskosten und dem Verkehrswert nach Anpassung entspricht den Beobachtungen von Verkaufsfällen in peripheren ländlichen Gebieten, wo real nur ein Bruchteil des Sachwertes Erlöst werden kann. Sollte ein Absiedlungsprogramm aufgelegt werden, so wäre eine „angemessene“ Entschädigung für die Grundabtretung nach dem Verkehrswert (wie es sowohl Baurecht als auch Bergrecht vorsehen) keineswegs ausreichend, um angemessenen Ersatzwohnraum schaffen zu können.

Neben den Grundstückswerten wird der Wert eines Dorfes auch durch die vorhandenen Infrastruktur- und Serviceleistungen bestimmt. Dazu zählen die leitungsgebundenen Infrastrukturen wie Wasser, Abwasser, Strom und Telekommunikation sowie Leistungen der Abfallentsorgung, des öffentlichen Nahver-

kehrs, der Post, der Geldversorgung. Hinzu kommen die kommunalen Aufwendungen für Feuerwehr, Dorfgemeinschaftshaus, Ortsbeirat, Straßenerhalt und Straßenbeleuchtung. Für die Berechnung dieser Leistungen der Daseinsvorsorge sind jeweils spezifische Annahmen zu treffen. Sie reichen von den Errichtungskosten und ihren Abschreibungen über Entfernungs- und Arbeitskosten bis zu Bedienungsrhythmen (z. B. bei Post, ÖPNV oder mobilem Bankservice) oder der Anzahl der Straßenleuchtkörper.

Die grobe Kostenschätzung ergibt einen aktuellen gesellschaftlichen Aufwand für die Daseinsvorsorge des Dorfes von 71.400 € im Jahr. Davon fallen bei der Kommune als direkter Aufwand für Feuerwehr, Dorfgemeinschaftshaus, Ortsbeirat und Straßenbeleuchtung 9.800 € an. Der ÖPNV wird durch eine regionale Finanzierung getragen. Wasser, Abwasser und Abfall werden kostendeckend durch Gebühren von den privaten Haushalten getragen. Privatwirtschaftlich fallen auch die Kosten bei Post, Telekommunikation und Elektrizitätsversorgung an. Hier liegen die größten Unsicherheiten in der Kostenschätzung.

Nun lassen sich die Kosten der Absiedlung mit den jährlichen Einsparungen verrechnen. Nehmen wir an, dass alle Grundstückseigentümer mit den oben errechneten Werten ihrer Grundstücke entschädigt werden. Die Gesellschaft könnte aus den Einsparungen durch die entfallenden Versorgungsleistungen die fälligen Entschädigungen auszahlen. Ohne Diskontierungen in die Rechnung einzuführen, ergeben sich unterschiedlich lange Zeiträume, bis die Einsparungen die Kosten der Entschädigungen aufgewogen haben.

A	Bodenwert + + Wiederherstellungskosten / Nutzen	14,2 Mio € / 71.400 €/a = 199 Jahre
B	Grundstücke nach Marktanpassungsfaktor / Nutzen	8,1 Mio € / 71.400 €/a = 113,5 Jahre
C	Verkehrswert incl. demografischer Faktor / Nutzen	3,6 Mio € / 71.400 €/a = 50 Jahre

Die Einsparungen durch Absiedlung rentieren sich bei Wertansatz A erst nach 199 Jahren, bei Wertansatz B nach 114 und bei Wertansatz C

auch erst nach 50 Jahren. Selbst bei Wertansatz C bieten die Kostenersparnisse für die Kommune keinen genügenden Anreiz, das System zu verändern. In jedem Falle dauert es mehrere Generationen, bis sich ökonomische Ersparnisse einstellen. Da keine übergeordneten Interessen wie Bergbau oder gesondertes Gefahrenpotential geltend gemacht werden können, hängt die Absiedlung des Ortes von der Umzugswilligkeit der Bewohner ab.

Die Umsiedlungsbereitschaft der verbliebenen Einwohner würde sicher nicht gewonnen, wenn ihnen nur der Wertansatz C – Berücksichtigung des demografischen Faktors im Immobilienwert – angeboten würde. Sie würden zur Aufgabe ihrer bisherigen Heimat einen Anreiz benötigen, der ihnen am neuen Standort zumindest eine adäquate Wohnstätte bieten könnte. Bei eigengenutztem Eigentum wäre daher eher der Wertansatz A ein Anreiz, weil mit ihm zumindest die Wohnqualität wiederhergestellt werden könnte.

Diskussion des Fallbeispiels

Hinzuweisen ist auf die Dimension des Fallbeispiels mit 50 bewohnten Häusern und etwas mehr als 100 verbliebenen Bewohnern. Wären in einer Siedlung dagegen nur noch sehr wenige Häuser bewohnt oder ginge es um die Aufwertung von Siedlungen durch Abriss weniger Häuser, so kann die Option der Entschädigung sehr wohl für die Gemeinde interessant werden. So hat die Gemeinde Illingen im Saarland (anfangs mit Unterstützung des Landes) ein Programm aufgelegt, welches den Abriss von mehr als 5 Jahre leer stehenden Häusern fördert. Begleitet wird dies durch öffentlichkeitswirksame Parolen wie „Mich hat's zuerst erwischt“ oder „Ich bin als nächstes dran“. Allerdings ist der Zuschuss mit maximal 10.000 € bescheiden und deckt häufig nicht einmal die Abrisskosten. Gleichwohl kann es gelingen, Ortslagen attraktiver zu machen und neue Wohnqualitäten durch mehr Freiraum zu schaffen.

Der Immobilienmarkt schrumpfender ländlicher Räume ist auch mit solchen Mitteln nicht zu drehen, die Angebotsreduktion bleibt letztlich zu gering. Die Gemeinde Illingen musste aufgrund ihrer Haushaltsprobleme den Ansatz inzwischen halbieren, führt das – weiterhin ausgebuchte – Programm aber fort. Will man im großen Stil Siedlungen reduzieren und größere Räume für Natur- und

Ressourcenschutz wiedergewinnen, wie es das Berlin-Institut wünscht, so wären enorme finanzielle Anstrengungen nötig. Dies ist angesichts der aufgezeigten Kosten- und Entschädigungsproblematik flächendeckend nicht zu leisten. Eher wird es zu einer langsam schleichenden Ausdünnung von Siedlungen

kommen und es bedarf guter Ideen, mutiger Pioniere, gelebter Solidarität sowie einiger Entschlackungen bei Pflichtaufgaben der Kommunen (z. B. Straßenbeleuchtung, Inselösungen in der Infrastruktur), um auch unter Schrumpfungsbedingungen lebensfähige Dörfer zu erhalten.



Autor

Univ.-Prof. Dr. Ulf Hahne, Korrespondierendes Mitglied der HAL
Fachgebiet Ökonomie der Stadt- und Regionalentwicklung, Universität Kassel

Literaturhinweise

Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung (2011): Die Zukunft der Dörfer. Berlin.

Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung (2013): Vielfalt statt Gleichwertigkeit. Berlin.

Czybulka, Daniel (2013): Zur Zukunft schrumpfender Dörfer: Reaktivierung oder Abwicklung? Masterarbeit im Fachbereich Architektur, Stadtplanung, Landschaftsplanung der Universität Kassel. Unveröffentlicht.

Hahne, Ulf, Jan M. Stielike (2013): Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse. Zum Wandel der Normierung räumlicher Gerechtigkeit in der Bundesrepublik Deutschland und der Europäischen Union. In: ethik und gesellschaft, Nr. 1/2013, S. 1-39

Scharold, Lothar, Roland Peter (2013): Methodik zur Berücksichtigung des Einflusses des demografischen Wandels bei der Wertermittlung gemäß § 3 ImmoWertV. Fassung 02/2013.

Lärm kann krank machen - Neue Erkenntnisse zur Lärmvermeidung

Peter H. Niederelz

Steht man in Rüdesheim an der Drosselgasse und will einem etwas erläutern, muss man eine der kurzen Pausen abwarten in denen kein Eisenbahnzug vorbeirauscht. Sonst versteht man sein eigenes Wort nicht.

Sitzt man in Raunheim bei Frankfurt am Kaffeetisch und es dröhnt ein tieffliegendes Flugzeug vorbei, klirren die Tassen und die Haare sträuben sich einem.

Und wer an der B 9 in Bonn wohnt, braucht zuweilen auch starke Nerven. Belastungen durch Lärm machen krank. Daran besteht kein Zweifel.

Betroffene rufen bei der Politik nach Hilfe. Die kann aber auch nur helfen, wenn sie belastbare

Erkenntnisse über die Lärmwirkungen und in den vielen Fällen in denen dieser Lärm unbestreitbar gesundheitsschädigend für die Betroffenen ist über Kenntnisse der Möglichkeiten zur Verhinderung oder mindestens Verminderung verfügt. Schon vor mehr als 150 Jahren schien den Menschen in den Städten der Lärm unerträglich.

Schopenhauer verfasste 1851 seine Streitschrift „Über Lärm und Geräusche“, Robert Koch (1843 -1910), deutscher Forscher, Arzt und Nobelpreisträger sagte:“ Eines Tages wird der Mensch den Lärm ebenso unerbittlich bekämpfen müssen wie die Cholera und die Pest.“ Vielleicht war diese Aussage der Grund dafür, dass sich die EU auf einen Maßnahmenkatalog zur Verminderung schädlichen

Umgebungs-lärms verständigte und am 24. Juni 2002 die sogenannte Umgebungs-lärmrichtlinie (2002/49/EG) verabschiedete. Mit mehr oder weniger langen Verzögerungen folgten Umsetzungen in nationale Rechtsbestimmungen.

Nach wie vor drängt das Problem. In vielen besonders betroffenen Städten und Gemeinden haben sich Bürgerinitiativen gebildet, die Druck machen, damit endlich etwas getan wird. Aktuell sind die entsprechenden Festlegungen in der Koalitionsvereinbarung der neuen Bundesregierung und die Koalitionsvereinbarungen in Bundesländern Handlungsgrundlagen für die Politik. CDU/CSU und SPD haben sich im Bund in ihrer Koalitionsvereinbarung in Kapitel 1.3 darauf geeinigt, dass in allen Bereichen des Verkehrslärms entscheidende Verbesserungen erreicht werden müssen. Sie haben sich klare zeitliche Vorgaben gesetzt. Der Schienenlärm soll deutschlandweit bis 2020 halbiert werden.

Bei Fluglärm setzt die Bundesregierung vorrangig auf die Reduzierung an der Quelle, eine bestmögliche Flächennutzung im Umfeld sowie auf lärmreduzierende flugbetriebliche Verfahren. Lärm- und schadstoffminderungsziele sollen insbesondere auch durch technische Innovationen im Luftverkehr erreicht werden. In den Bundesländern haben die Regierungen ebenfalls besondere Lärmreduzierungsmaßnahmen zugesagt. In Hessen liegt ein Schwerpunkt auf Reduzierungen des Fluglärms durch den Flughafen Frankfurt Rhein-Main.

Die Forschung über Lärmwirkungen und Lärmvermeidungsmöglichkeiten wurde auch in Deutschland verstärkt. Seit etwa 15 Jahren bereits fördert das Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie den Forschungsverbund „Leiser Verkehr“ mit jährlich fünf Millionen Euro. Welche brauchbaren Ergebnisse hat die Forschung bisher erarbeitet?

Am 14. Februar fand im Rathaus in Wiesbaden eine Wissenschaftsdebatte über Ergebnisse statt (www.wissenschaftsdebatte.de). Die weltälteste Wissenschaftsjournalistenvereinigung TELI (www.teli.de) war Träger und Veranstalter. Alle HAL-Mitglieder waren eingeladen. Referenten waren Experten zu den Themen Lärmwirkungsforschung, Straßenlärm, Bahnlärm und Fluglärm.

Glückwünsche für eine erfolgreiche Konferenz übermittelten neben anderen Bundesumweltministerin Barbara Hendricks, Bundesforschungsministerin Johanna Wanka, Hessens Verkehrsministerin Tarek Al-Wazir, Hessens Umweltministerin Priska Hinz und die rheinland-pfälzische Ministerpräsidentin Malu Dreyer. In seiner Begrüßung hob Wiesbadens Bürgermeister Arno Goßmann (SPD) die Bereitschaft seiner Stadt, die Lärmbelastungen ihrer Bürgerinnen und Bürger wirksam und zügig zu bekämpfen und sein hohes Interesse an allen Daten und Fakten, wie dies wirksam erreicht werden kann, hervor. Verkehrslärm kann zu gesundheitlichen Beeinträchtigungen führen. Das ist unstrittig, sagte Dirk Schreckenberger, Diplom-Psychologe und Lärmwirkungsforscher bei der Tagung in Wiesbaden.

Im Rheintal aber auch in vielen anderen Gegenden in Deutschland und Europa ist der Bahnlärm für viele Menschen das Hauptproblem. René Weinandy vom Umweltbundesamt trug vor, dass bis 2020 sämtliche Bremsen an Güterwaggons mit Flüsterbremsen ausgerüstet sein sollen. Auch müsse die Bahn die Gleise häufiger schleifen, denn rauhe Bremsen machen mehr Lärm als glatte.

Es sei auch über qualifizierte Nachtfahrverbote nachzudenken und wer die Kosten ins Feld führe, müsse auch die Kosten der Lärmfolgen zum Beispiel für Krankenbehandlungen oder Immobilienwertverluste bedenken. Die Kommunen benötigten finanzielle Unterstützung bei ihrer Realisierung von Lärm-minderungsplänen, sagte Michael Jäcker-Cüppers von der Deutschen Gesellschaft für Akustik im Wiesbadener Rathaus. Auch könnte ein verändertes Individualverhalten zur Lärm-minderung deutlich beitragen. Wegstrecken von unter zwei Kilometern kann der gesunde Mensch auch zu Fuß zurücklegen.

Zur Fluglärmreduzierung empfahl Ullrich Isermann vom Deutschen Zentrum für Luft- und Raumfahrt (DLR) als wichtigste Maßnahme die Bekämpfung an der Quelle durch lärmärmere Flugzeuge und Flugtechniken. Die schon früher von der TELI in die Diskussion gebrachte enge Zusammenarbeit der Flughäfen Frankfurt-Rhein-Main in Hessen und Frankfurt-Hahn in Rheinland-Pfalz zur Lärmreduzierung im Ballungsraum Rhein-Main wurde auch bei der Tagung in Wiesbaden begrüßt. Bürgermeister Arno Goßmann sagte, dass

dieser Vorschlag überzeugend sei, bedauerlicherweise in dieser Richtung bisher nichts passiere.



Vollständig unter
ww.wissenschaftsdebatte.de

Peter H. Niederelz
OM HAL
Ministerialrat Europa-
Union-Deutschland,

Kreisverband Landeshauptstadt Wiesbaden/
Rheingau-Taunus -der Vorsitzende-
Mitglied des Landesvorstands Hessen
Vogtlandstraße 11 d, 65232 Taunusstein
0049 01743022926,
Peter.H.Niederelz@googlemail.com

Klausurtagung der HAL im Schloss Rauischolzhausen - neue Aufgaben und Ziele

Hartmut Bock

Eine Positionsbestimmung und ein Ausblick auf künftige Aktivitäten und Ziele der Hessischen Akademie der Forschung und Planung im ländlichen Raum (HAL) standen im Mittelpunkt einer Klausurtagung im Schloss Rauischolzhausen in Ebsdorfergrund im Landkreis Marburg-Biedenkopf. Moderiert wurde die als Workshop organisierte Tagung von Dr. Wilhelm Süßmann, Dozent beim dortigen Bildungsseminar.

In die Themen und Herausforderungen des ländlichen Raumes wurde von Experten aus unterschiedlichen Fachgebieten durch Impulsvorträge eingeführt. Karl-Christian Schelzke vom Hessischen Städte- und Gemeindebund informierte über die „Kommunen in der Finanzkrise“. Ergebnisse und Erfahrungen der überörtlichen Prüfung kommunaler Körperschaften trug Dr. Ralf Sieg vom Hessischen Rechnungshof vor. Die Politik für den ländlichen Raum in der nächsten EU-Förderperiode war der zentrale Punkt des Vortrags von Joachim Dippel vom Hessischen Ministerium für Umwelt, Klimaschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (HMUKLV).

Die Erwartung landwirtschaftlicher Unternehmen an eine Politik für den ländlichen Raum formulierte Dr. Hans-Herman Harpain vom Hessischen Bauernverband. Aus Sicht der Evangelischen Kirche beleuchtete Dr. Maren Heincke von „Zentrum Gesellschaftliche

Verantwortung“ der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau die Entwicklungen im ländlichen Raum. Hildegard Schuster, Präsidentin des Landfrauenverbandes Hessen e.V. informierte über die Aktivitäten ihres Verbandes mit 50.000 Mitgliedern in Hessen. Die Zukunft der Jugend im ländlichen Raum war das Thema von Irina Stein, die Agrarreferentin der Hessischen Landjugend e.V. - viele interessante Beiträge und Informationen, die demnächst auf der Internetseite der Hessischen Akademie veröffentlicht werden.

Wie geht es weiter mit der HAL?

Wie geht es weiter mit der HAL – dies wurde im Anschluss in kleinen Arbeitsrunden diskutiert und die Ergebnisse auf Pinnwänden festgehalten. Die Satzung der Akademie, die Organisations- und Arbeitsstrukturen, die Beitrittsmodalitäten, dies alles muss auf den Prüfstand, so die Aussagen zu den Strukturen. Neue Arbeitskreise wurden angeregt, zur Baukultur, zu Schrumpfungsprozessen in Ortskernen, zur Verwaltungsreform und zum Umgang mit Veränderungsprozessen (Change Management). Die Fortsetzung der Gesprächsreihe HAL(T) vor Ort war den Teilnehmerinnen und Teilnehmern wichtig.

Ein herausragender Punkt war die inhaltliche und strategische Ausrichtung. Mehr Vernetzung mit weiteren Akteuren des ländlichen Raums, so die Forderung. Ein

Positionspapier, gemeinsam mit der ARGE LAND e.V. verbunden mit einer Intensivierung der Politikkontakte soll die Situation im ländlichen Raum besser verdeutlichen. Zusätzlich soll die fachliche Arbeit intensiviert und durch Fachveranstaltungen besser kommuniziert werden. Ein Instrument dafür ist auch die stärkere Nutzung des HAL-Internetauftritts.

Insgesamt konstruktive Ergebnisse, die sicherlich auch der fachlich fundierten

Moderation und dem angenehmen Umfeld des Schlosses Rauischholzhausen zu verdanken sind.

Die Ergebnisse der Klausur werden als Arbeitsmaterial vom Vorstand der Akademie übernommen und dienen als Grundlage für die künftige Arbeit und für anstehende Entscheidungen.

Hartmut Bock, Weilburg, ist Mitglied des Akademievorstandes der HAL.

Im Weserbergland den Flusstalraum der Oberweser frei vom Sichtbezug auf Windkraftanlagen stellen

Heinrich Klose

Warum ist die Freistellung vom Sichtbezug auf Windkraftanlagen wichtig für den Flusstalraum der Oberweser, obwohl der im Verfahren befindliche Teilregionalplan Energie Nordhessen 2013 die riesigen Vorrangflächen KS 004a und KS 007 ausweist? Weil die Vielfalt und die Eigenart des Flusstalraumes mit seiner Naturausstattung, seiner Baukultur und die Schutzwürdig des Landschaftsbildes und des Erlebnisraumes Oberweser es erfordern. In Hessen und darüber hinaus ist keine vergleichbare Einzelanlage vorhanden.

Die Ausstattung der Vielfalt ist mit Landschaftsschutzgebiet dokumentiert und fachlich bekundet.

Die Eigenart der Oberweser ist im Nahbereich von fünf Kilometern ein statischer Flusstalraum mit Begleitung von sanften Hängen mit Wiesen oder Wäldern, im Wechsel zu Steilhängen mit harten Abbruchkanten. Die gemächlich fließende Weser spiegelt im Licht / Schatten die sie begleitenden Objekte, die Häuser der typischen Fachwerkdörfer und die unverbaute Naturlandschaft. Dieser Flusstalraum ist Kulturraum mit seinen Wegen, schmucken Siedlungen, der Landesgeschichte und führt mit zu den archäologischen Fundstätten und Wegen bis in die Steinzeit. Letztlich kommt zu der Eigenart des Flusstalraums auch die starke Verbundenheit der dort lebenden Menschen und der immer wiederkommenden Wanderer / Gäste hinzu.

Der Flusstalraum mit seiner Ausstattung und Eigenart wird von seinen Bewohnern und den



vielen Arten von Flora und Fauna genutzt. Er *Abb.1: Vorstellung vertikaler Höhe im Vergleich¹, Fotomontage Heinrich Klose, Kassel*

weist im Nahbereich von fünf Kilometern auch Beeinträchtigungen mit etwas über Baugebieten ohne Ortsrand oder Fernmeldemasten u.a. auf. Diese Vorbelastung von Objekten für

¹ Vortrag des Herrn Klose im Dorfgemeinschaftshaus Gieselwerder am 7. Mai 2013 über die Stellungnahme der Gemeinde Oberweser zum Teilregionalplan Energie Nordhessen 2013 mit Umweltbericht.

den Sichtbezug auf das Landschaftsbild und den Erlebnisraum im Nahbereich von bis fünf Kilometer bleibt räumlich eng begrenzt mit geringer Beeinträchtigung. Hinzu kommt, dass die Oberwesergemeinden versuchen diese Defizite abzubauen.

Ganz anders ist die Beeinträchtigung von Windkraftanlagen mit 140 m Nabenhöhe im Nahbereich bis fünf Kilometer und im Fernbereich bis 20 Kilometer.

Die Sichtbarkeit der Windkraftanlagen im Flusstalraum mit Umkreis vom 5 km im Nahbereich und 20 km im Fernbereich ist störend und eine große Beeinträchtigung für das Landschaftsbild und den Erlebnisraum.

Der Fernbereich bis zu 20 km ist gewählt, weil er im Flusstalraum die maximale Länge einer Sichtachse vor dem Richtungswechsel des Tales aufweisen kann.

Die Sichtbarkeit von Windkraftanlagen mit Nah- und Fernbereich im Flusstalraum verteilt sich auf die hessischen Gemeinden Wahlsburg, Oberweser, Reinhardshagen und die niedersächsischen Orte Bursfelde (Stadt Münden) und Fürstenthen (Stadt Uslar).

Wegen den großen Beeinträchtigungen auf das Landschaftsbild und den Erlebnisraum sind die formalen Vorgaben im Teilregionalplan Energie Nordhessen 2013 mit den Vorrangflächen KS 004a und KS 007 aus dem weiteren Planverfahren herauszunehmen.

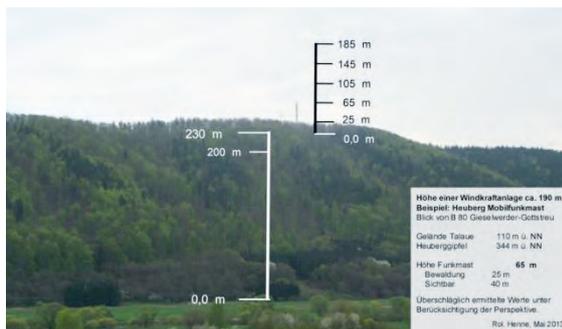


Abb. 2: Heuberg, Merkzeichen im Flusstalraum, gemessen von OK Weser, Windkraftanlage mit 140m Nabenhöhe, mit der Flügelspitze 200 m und mehr; dahinter Mobilfunkmast mit 65m Höhe
Skizze von Herrn Altbürgermeister Roland Henne, Oberweser

Warum diese Vorrangflächen herausnehmen, nachdem die ausgewählte Standortgunst Wind

zur regenerativen Energiegewinnung massiv beträgt und im ganz Kleinen mitwirkt, Atomstromgewinnung abzuschalten? Welche Auswirkungen haben die Vorrangflächen im Flusstalraum der Oberweser? Es gibt vor Ort regenerative Alternativen zur Energiegewinnung mit Bio-Gas, Photovoltaik, Energiesanierung am Bauobjektbestand ohne mit den Konsequenzen Beeinträchtigungen auf Landschaftsbild und Erlebnisraum des Flusstalraumes der Oberweser. Diese Energien tragen viel zur Deckung des Eigenbedarfs bei.

Beispiel 1: Nationales Kulturdenkmal – Georgskirche in Wahlsburg - Lippoldsberg

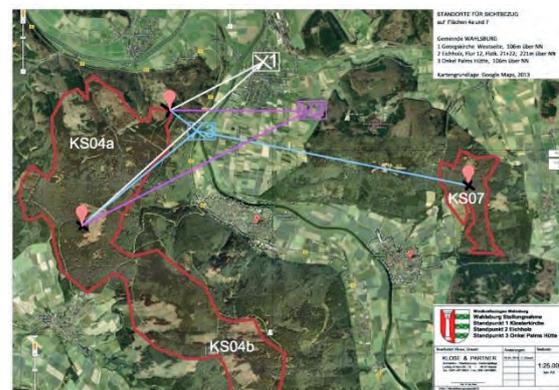


Abb. 3: Vorrangfläche KS 004a im Reinhardswald (rote Linie)²; Klosterkirche St. Georg, Gemeinde Wahlsburg (Standort 1, weiß); Ballon orange = Anfang und Ende der Reihe für Windkraftanlagen unter Berücksichtigung des Abstandes sind 13 Anlagen theoretisch unterzubringen

Die drei Beispiele begründen die Freihaltung des oberen Weserflusstales und seiner Hänge zum Reinhardswald und zum Solling durch Ausschaltung jedweden Sichtbezugs auf Windkraftanlagen.

Die Gemeinden Oberweser und Wahlsburg fordern³ die Erhaltung des Flusstalraumes Oberes Weser Tal ohne Sichtbezug auch auf nur einen einzigen 140 m hohen Masten für Windkraftanlagen ist aus der Verantwortung für diesen hochbedeutsamen Kultur- und

² Plangrundlage ist google-maps mit Übertragung der

Vorrangfläche für Windkraftanlagen aus dem

Anhörungsexemplar vom RP Kassel für Gemeinde Oberweser.

³ -Herr Bürgermeister Rüdiger Henne hat das Zitat aus der Stellungnahme der Gemeindevertretung Oberweser zum Teilregionalplan Energie Nordhessen für die HAL-Mitteilung genehmigt.

Naturraum vom europäischen Rang, der Würdigung der Auffassung der großen



Abb. 4: Georgskirche am Südausgang, Windkraftanlage im Nahbereich, Sichtachse in Abb.3 entlang des oberen weißen Striches Planmontage: Büro Klose & Partner



Abb.5: Blick zurück auf Georgskirche entlang der oberen weißen Sichtachse (Blickrichtung) im Rücken die Windkraftanlagen, Foto: H. Klose

Beispiel 2: Rathaus der Gemeinde Oberweser – in Gieselwerder (Südseite und vorgelagerte Freifläche)

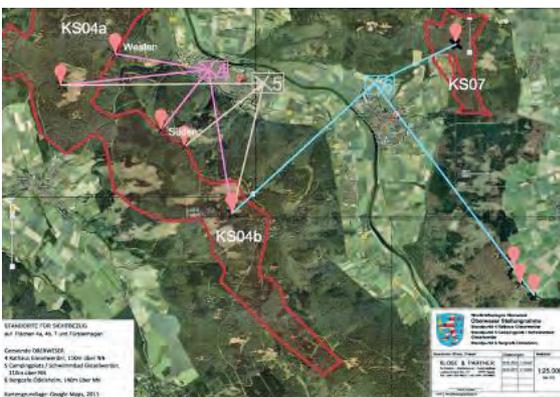


Abb. 6: Vorrangfläche KS 004a im Reinhardswald (rote Linie); Rathaus Garten in Oberweser- Gieselwerder

(Standort 4, lila); Ballon orange = Anfang (West) und Ende (Süd) der Reihe für Windkraftanlagen im Nahbereich; unter Berücksichtigung des Abstandes sind 9 Windkraftanlagen möglich)

Plan: Klose & Partner, 34131 Kassel, Ludwig-Erhard-Straße 12



Abb. 7: Vom Rathaus Südseite / Freifläche (vgl. in Abb.6 Nr. 4), entlang der roten Sichtlinien nach Westen und nach Süden wären im Nahbereich 9 Windkraftanlagen möglich

Planmontage: Büro Klose & Partner, Anschrift wie oben



Abb. 8: Rathaus von Nord nach Süd ohne Windkraftanlagen im Nah- und Fernbereich mit gleicher Ausrichtung nach Süden wie in Abb.7 Foto: H. Klose

Beispiel 3

Mehrheit der Bürgerschaft und aus der Verantwortung gegenüber künftiger Generationen notwendig. Deshalb sind die Flächen KS 004a und KS 007 aus den weiteren Planverfahren herauszunehmen. Das Planverfahren ist noch nicht abgeschlossen. Es soll 2015 mit der 2. Offenlegung weitergeführt werden.

Ab August 2014 ergänzen auch Panoramafotos die Planunterlagen des RP-Kassel. Die Bilder

verharmlosen, verniedlichen das Landschaftsbild und den Erlebnisraum im Flusstalraumes Oberweser. Der Standort einer 200 m hohen Windkraftanlage am Rand der Vorrangfläche nahe dem Flusstalraum auf dem Reinhardswaldhang hat die im Bericht gezeigten Auswirkungen. Den Panoramabildern fehlt der Nachweis mit dem Darmstädter – Model zur Verträglichkeit des Eingriffs mit dem Landschaftsbild. Bei Baumaßnahmen mit Auswirkungen über den Nahbereich ist für den Antragsteller die Vorlage dieses Nachweises verbindlich.



Abb. 9: Oberweser – Oedelsheim mit Beeinträchtigung durch den Fernbereich vom potentiellen niedersächsischen Standort Fürstehagen, Stadt Uslar

Das Weiterdenken über das Gewicht von Landschaftsbild und Erlebnisraum in der Landes- und Regionalplanung führt zu höchstens einer Gleichwertigkeit oder richtigerweise einer höheren Einstufung als der flächenbezogen gut vertretene Standort Wind in der Planung und Umsetzung von Planung. Der Flusstalraum Oberweser ist noch einmalig.



Prof. Dr.-Ing. Heinrich Klose
Ordentliches Mitglied der Akademie
Ehrenvorsitzender der Akademie
Fachgebiet: *Städtebau*
E-Mail klose@architekt-klose.de

IMPRESSUM

HERAUSGEBER

Hessische Akademie der Forschung und Planung im ländlichen Raum

Akademievorstand

Vorsitzender: Prof. Dr. Siegfried Bauer
Universität Gießen, Senckenbergstr. 3
35390 Gießen, Tel. 0641 - 99 37310
Internet: siegfried.bauer@uni-giessen.de
www.uni-giessen.de/Regionalplan

Geschäftsstelle

Poststraße 40, 34385 Bad Karlshafen,
Tel.: 05672-9224290, Fax: 05672-9224291
E-Mail: hessischeakademie@t-online.de
Internet: <http://www.hessische-akademie.de>

Redaktionsausschuss

Redaktionsleitung:
Harald Schmidt, Trendelburg

Stellvertretende Leitung:
Florian Warburg, Marburg

Prof. Dr.- Ing. Heinrich Klose, Kassel
Roswitha Rüschenndorf, Kassel
Engelbert Thielemann, Eschwege
Norbert Zimmermann, Bad Emstal-Riede

Druck

Hessisches Landesamt für Bodenmanagement und Geoinformation,
Schaperstraße 16, 65195 Wiesbaden
Auflage 700 Stück

Redaktionsschluss für die nächste Ausgabe im März ist der 31.01.2015
Namentlich gezeichnete Beiträge geben die Meinung und Information des Autors, nicht unbedingt der Redaktion und des Herausgebers wieder.
Alle Rechte vorbehalten. Nachdruck, Vervielfältigungen, sowie Verarbeitung nur mit Genehmigung des Herausgebers.

Layout: Harald Schmidt

Titelaufnahmen:

1. Projekt Offener Bücherschrank
Quelle RP Kassel
2. Klausurtagung Rauischholzhausen - Harald Schmidt

Jugendpreis 2015

Thema: **MEINE VERANTWORTUNG FÜR DIE ZUKUNFT -
UNSER HANDELN HAT KONSEQUENZEN**

Wettbewerb in den Regionen Europas

Schirmherr: Der Hessische Ministerpräsident mit seinen Amtskollegen in den Partnerregionen
Emilia-Romagna, Aquitaine und Wielkopolska



Illustration: Christian Jakob, Wiesbaden



HESSEN



SAMORZĄD WOJEWÓDZTWA
WIELKOPOLSKIEGO

Eingeladen sind alle jungen Menschen von 12 bis 23 Jahren, die in Aquitaine (Frankreich), Emilia-Romagna (Italien), Hessen und im thüringischen Landkreis Schmalkalden-Meiningen und Wielkopolska (Polen) ihren ersten Wohnsitz haben.

Der Wettbewerbsbeitrag muss zweisprachig (bilingual) sein. Von deutschsprachigen Teilnehmern soll die zweite Sprache eine der Partnerregionen oder Englisch sein.

Schulklassen werden besonders eingeladen. Teilnehmer aus Vereinen, Verbänden Kommunen können auch Einzelarbeiten abgeben. Teamarbeiten werden jedoch favorisiert.

Preise: Mehrtägige Begegnung mit Jugendlichen aus den Partnerregionen, Festliche Preisverleihung und Geldpreise in Höhe von insgesamt 5.000,--€.

Abgabe Freitag, 20. Februar 2015

Geschäftsstelle JugendpreisStiftung

Poststraße 40
D-34385 Bad Karlshafen

Telefon 05672 922 45 35
Fax 0561 316 6893
jugendpreisstiftung@t-online.de
www.jugendpreisstiftung.de

